

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (Bestattungsgesetz)

I.

Anlass und Maßnahmen

Das geltende Bestattungsgesetz stammt aus dem Jahr 1988. Seither haben sich die gesellschaftlichen Vorstellungen über Bestattungsformen, Trauer und Totengedenken weiter im Sinne einer Liberalisierung und Individualisierung gewandelt. Friedhöfe werden verstärkt als städtische Räume gesehen und zur Erholung genutzt; sie sind Teil des historischen Gedächtnisses der Stadt und bergen umfangreich erhaltenswerte Denkmäler.

Gleichzeitig leidet die Wirtschaftlichkeit der (staatlichen) Friedhöfe durch verringerte Einnahmen und die mit den öffentlichen Aufgaben der Friedhöfe verbundenen hohen Kosten. Zu erhaltender Gebäudebestand und abnehmende Flächenbedarfe bei gleichzeitiger Vorhaltepflcht der Stadt eröffnen die Möglichkeit zu gesellschaftlich gewünschten neuen Nutzungsformen von Flächen und Gebäuden.

Die Bürgerschaft hat sich bereits mehrfach mit dieser Thematik befasst, und mit dem Projekt Ohlsdorf 2050 liegen Überlegungen für die nachhaltige Weiterentwicklung des Ohlsdorfer Friedhofs vor, aus der Erkenntnisse auch für die anderen Hamburger Friedhöfe gewonnen werden sollen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen u. a. der rechtliche Rahmen und die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Anpassung an die veränderten Erwartungen an das Friedhofs- und Bestattungswesen

geschaffen werden. So werden die Friedhöfe für soziale, kulturelle, gewerbliche und öffentliche Nutzungen geöffnet; solche Nutzungen etwa der Kapellen und belegungsfreien Flächen können zugelassen werden, soweit der Friedhofszweck nicht beeinträchtigt ist. Mausoleen werden für die Aufstellung von Urnen zugelassen, Grabfelder für Mensch-Tier-Bestattungen ermöglicht.

Damit wird zugleich Hinweisen des Rechnungshofs entsprochen, nach denen der Friedhofszweck zu erweitern ist, um neben den Anforderungen der Bevölkerung auch der Wirtschaftlichkeit der Friedhöfe gerecht zu werden. Weiterhin soll darauf hingewirkt werden, Überhangsflächen anderen Nutzungen, insbesondere für eine Nutzung als Grün- und Erholungsanlagen zugänglich zu machen.

Eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen wurde an eine geänderte Rechtslage bzw. an Vorgaben der Rechtsprechung angepasst, so insbesondere bei den nunmehr auch privat betreibbaren Leichenhallen und bei der Kremierung. Weiterhin erfolgen Anpassungen an das seit 2013 geltende Denkmalschutzgesetz.

Die auf den Friedhöfen tätigen Gewerbetreibenden benötigen zukünftig keine behördliche Zulassung mehr.

Auf Grund von Vollzugserfahrungen enthält der Gesetzentwurf neue Regelungen zur Vermeidung unnötiger Verzögerungen bei der Bestattung Verstorbener ohne Hinterbliebene, systematisiert die Bestat-

tungs- und Kostentragungspflichten der Angehörigen und regelt, welche Personen ggfs. in Anspruch genommen werden können.

Friedhöfe werden zukünftig durch Gesetz gewidmet, geschlossen und entwidmet; die Zuständigkeit für eine Teilentwidmung bleibt bei der zuständigen Behörde.

Der Gesetzentwurf enthält neben den bisherigen Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen nun auch die Befugnis, durch Rechtsverordnung Anforderungen an Krematorien und Leichenhallen sowie an die Herkunft von Grabsteinen zu definieren.

Wie bisher sind zahlreiche Verstöße bußgeldbeehrt, wobei die Höhe des Bußgeldes neu geregelt wird.

Auf gesetzliche Änderungsvorschläge zur Einführung einer Trennung von Todesfeststellung und qualifizierter Leichenschau wurde bewusst verzichtet, da gemäß dem Beschluss der Bürgerschaft (Drs. 21/13675) zunächst das Ergebnis der Evaluation der bremischen Regelungen abgewartet und der Senat der Bürgerschaft hierzu im 4. Quartal 2019 berichten soll.

II.

Auswirkungen auf den Haushalt und die Vermögenslage

Die Inanspruchnahme von Genehmigungstatbeständen für Leichenhallen sowie von genehmigungspflichtigen erweiterten Friedhofsnutzungen kann bei allen Bezirken sowie den Hamburger Friedhöfen AöR (HF) zu Mehrkosten aus erweiterten Genehmigungsverfahren bei gleichzeitigen Mehrerlösen durch zusätzliches Gebührenaufkommen führen. Bei der Behörde für Umwelt und Energie entstehen Mehrkosten aus Genehmigungsverfahren für neue Mausoleen bei gleichzeitigen Mehrerlösen aus dem zusätzlichen Gebührenaufkommen. Durch Nutzungsänderungen von Friedhofsflächen und Umnutzungen leerstehender Kapellen und Mausoleen ist zusätzlich eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Friedhöfe zu erwarten. Die vorstehend genannten Mehrkosten und Erlöse sind derzeit der Höhe und der Zeit nach weder quantitativ noch qualitativ abschätzbar.

Die Erlösverbesserungen durch Nutzungsänderungen von Friedhofsflächen sind auf Grund der Liegezeiten, möglicher Optionen einer Verlängerung derselben und Bestattung von Angehörigen nur langfristig realisierbar. Als eine veränderte Nutzung ehemaliger Friedhofsflächen ist in der Praxis zunächst nur eine (Übergangs-) Nutzung als öffentliche Grünfläche zu realisieren. Dies zeigen zahlreiche Beispiele aus der Vergangenheit (Planten un Blomen, ehemaliger Friedhof Norderreihe). Allenfalls bisher nicht mit einer Friedhofsnutzung belegte Betriebsflächen können

mittelfristig einer anderen Nutzung zugeführt werden (ehemalige Friedhofsgärtnerei Klein-Borstel).

Mögliche Entwicklungspotentiale sind in einem Friedhofentwicklungsplan für ganz Hamburg zu ermitteln. In dieser Betrachtung müssen auch lokale Bedarfe und grundsätzliche Eignungen berücksichtigt werden (Lage, Naturausstattung, Landschaftsschutz). Eine belastbare Abschätzung der Flächenreserven ist aufgrund der Datenlage derzeit nicht leistbar, die Größenordnung möglicher zu entwickelnder Flächen ist jedoch absehbar von geringer Dimension. Die politischen Debatten zum Erhalt der Bezirksfriedhöfe zeigen, dass derartige Veränderungen nur mit entsprechenden zeitlichen Vorläufen umgesetzt werden können.

Die ebenfalls angesprochene Umnutzung leerstehender Kapellen und Mausoleen ist aufgrund der Auflagen des Denkmalschutzes zunächst mit hohem Finanzaufwand und Auflagen im Erhalt und Umbau verbunden. Inwieweit Erträge aus einer ökonomischen Nutzung dieser Gebäude erzielt werden können, ist schwer abzuschätzen. Mit der Änderung des Bestattungsgesetzes wird diese Möglichkeit erstmals ausdrücklich eröffnet. Gleichzeitig gebietet die Pietät des Ortes auch hier ein angemessenes Vorgehen und ein eingeschränktes Nutzungsspektrum. Auf dem Friedhof Ohlsdorf werden derzeit verschiedene Nutzungen erprobt (Nutzung als Seminarraum Kapelle 1, kulturelle Nutzung Kapelle 6). Die Erlöserwartungen insgesamt sind dabei als nicht zu hoch anzusetzen. Zu erwähnen sind die denkmalgeschützten Mausoleen, die perspektivisch nicht nutzbar bleiben werden und allenfalls durch Patenschaften und Neuebelegungen Erlöse zu erzielen vermögen. Dies erfolgt jedoch bereits seit Jahren.

III.

Beteiligungen

Die Evangelisch-lutherische Kirche in Norddeutschland, das Erzbistum Hamburg, die Jüdische Gemeinde in Hamburg, der Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg (SCHURA), der Landesverband der Islamischen Kulturzentren Norddeutschland (VIKZ), die Islamische Religionsgemeinschaft (DITIB) Hamburg und Schleswig-Holstein und die Alevitische Gemeinde wurden entsprechend dem in den mit ihnen geschlossenen religionsrechtlichen Verträgen vereinbarten Verfahren unterrichtet und angehört. Die Handelskammer und die Handwerkskammer einschließlich betroffener Innungen wurden über die geplanten Rechtsänderungen unterrichtet.

IV.

Petition

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle das nachstehende Gesetz beschließen:

**Gesetz
über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen
(Bestattungsgesetz)**

Vom

Inhaltsübersicht

<p style="text-align: center;">Abschnitt 1 Leichenwesen</p> <p>§ 1 Leichenschau § 2 Durchführung der Leichenschau § 3 Todesbescheinigung § 4 Auskunftspflicht § 5 Kosten der Leichenschau § 6 Überführung und Aufbewahrung von Leichen § 7 Leichenhallen § 8 Beförderung von Leichen § 9 Ausgrabung von Leichen</p> <p style="text-align: center;">Abschnitt 2 Bestattungswesen</p> <p>§ 10 Bestattungspflicht § 11 Angehörige § 12 Bestattungsart § 13 Zulässigkeit der Bestattung § 14 Feuerbestattung § 15 Krematorien § 16 Beisetzung</p> <p style="text-align: center;">Abschnitt 3 Staatliches Friedhofswesen</p> <p>§ 17 Geltungsbereich § 18 Widmung, Schließung § 19 Verwaltung, vorübergehende Sperrung, Haftung</p>	<p>§ 20 Friedhofszweck § 21 Bestattungsgebräuche § 22 Gewerbliche Tätigkeiten § 23 Grabstätten § 24 Wahlgrabstätten § 25 Gestaltung der Grabstätten § 26 Grabmale § 27 Grabpflege § 28 Ruhezeit § 29 Umbettung § 30 Verlängerung des Nutzungsrechts § 31 Ablauf von Rechten</p> <p style="text-align: center;">Abschnitt 4 Friedhöfe anderer Träger</p> <p>§ 32 Kirchliche Friedhöfe</p> <p style="text-align: center;">Abschnitt 5 Verordnungsermächtigung, Überwachung, Überleitungs- und Schlussvorschriften</p> <p>§ 33 Verordnungsermächtigung § 34 Überwachung, behördliche Befugnisse, Duldungspflichten § 35 Ordnungswidrigkeiten § 36 Überleitungsvorschriften § 37 Einschränkung von Grundrechten § 38 Inkrafttreten</p>
---	--

Abschnitt 1
Leichenwesen

§ 1
Leichenschau

(1) Jede Leiche ist zur Feststellung des Todes, des Todeszeitpunkts, der Todesart und der Todesursache von einer Ärztin oder einem Arzt zu untersuchen (Leichenschau). Vor der Feststellung des Todes durch eine Ärztin oder einen Arzt darf der Körper einer verstorbenen Person nur dann wie eine Leiche behandelt werden, wenn der Eintritt des Todes offensichtlich ist.

Leichen im Sinne dieses Gesetzes sind auch Totgeborene mit einem Geburtsgewicht von mindestens 500 Gramm.

(2) Bei Sterbefällen in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen, zu deren Aufgabe die ärztliche Betreuung der aufgenommenen Personen gehört, hat die Leiterin oder der Leiter der Einrichtung sicherzustellen, dass die Leichenschau unverzüglich durch eine dort tätige Ärztin oder einen dort tätigen Arzt oder eine beauftragte Ärztin oder einen beauftragten Arzt vorgenommen wird. In den übrigen Fällen haben diejenigen die Leichenschau unverzüglich zu veranlassen, die nach § 29 oder § 30 des Personenstandsge-

setzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert am 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639), in der jeweils geltenden Fassung zur Anzeige des Todes gegenüber der Standesbeamtin oder dem Standesbeamten verpflichtet sind. Ist eine nach Satz 2 verpflichtete Person nicht vorhanden oder nicht erreichbar oder wird die Leiche einer unbekanntem Person gefunden, so wird die Leichenschau durch die zuständige Behörde veranlasst.

(3) In den Fällen von Absatz 2 Sätze 2 und 3 ist jede niedergelassene Ärztin oder jeder niedergelassene Arzt verpflichtet, die Leichenschau auf Verlangen vorzunehmen, sofern er oder sie nicht aus wichtigem Grund daran gehindert ist. Während des Notfalldienstes und des Bereitschaftsdienstes trifft diese Verpflichtung die hierfür eingeteilten Ärztinnen oder Ärzte.

(4) Eine Ärztin oder ein Arzt kann es ablehnen, über die Feststellung des Todes hinaus eine Leichenschau vorzunehmen, wenn er oder sie durch die weiteren Feststellungen sich selbst oder in § 383 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichnete Angehörige der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

§ 2

Durchführung der Leichenschau

(1) Die Leichenschau ist unverzüglich, in den Fällen des § 1 Absatz 3 spätestens innerhalb von sechs Stunden nach der Aufforderung hierzu an der vollständig entkleideten Leiche sorgfältig durchzuführen.

(2) Im Rahmen der Leichenschau hat die Ärztin oder der Arzt festzustellen,

1. ob der Tod mit Sicherheit eingetreten ist,
2. wann der Tod eingetreten ist,
3. ob Anhaltspunkte für einen nichtnatürlichen Tod bestehen oder ob ein solcher sich nicht mit Sicherheit ausschließen lässt,
4. ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die oder der Verstorbene an einer meldepflichtigen oder einer ähnlich gefährlichen übertragbaren Krankheit gelitten hat, die durch den Umgang mit der Leiche weiterverbreitet werden kann,
5. wodurch der Tod eingetreten ist, welche Erkrankungen dazu geführt haben und welche sonstigen wesentlichen Erkrankungen zum Zeitpunkt des Todes bestanden haben.

(3) Die Leichenschau soll an dem Ort, an dem der Tod eingetreten oder die Leiche aufgefunden worden ist, vorgenommen werden. Die Ärztin oder der Arzt, die oder der die Leichenschau vornehmen soll, ist berechtigt, jederzeit den Ort zu betreten, an dem sich die

Leiche befindet. Befindet sich die Leiche nicht in einem geschlossenen Raum oder ist aus anderen Gründen eine vollständige Leichenschau an diesem Ort nicht möglich oder nicht zweckmäßig, so kann sich die Ärztin oder der Arzt auf die Feststellung des Todes und der äußeren Umstände beschränken, wenn sichergestellt ist, dass die Leichenschau an einem hierfür besser geeigneten Ort fortgesetzt wird. Eine Ärztin oder ein Arzt, die oder der für die Behandlung von Notfällen eingeteilt ist und die verstorbene Person vorher nicht behandelt hat, kann sich auf die Feststellung des Todes, des Todeszeitpunkts, des Zustands der Leiche und der äußeren Umstände beschränken, wenn sichergestellt ist, dass die noch fehlenden Feststellungen nach Absatz 2 von der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt oder einer anderen Ärztin oder einem anderen Arzt getroffen werden.

(4) Ergeben sich Anhaltspunkte für einen nichtnatürlichen Tod oder lässt sich ein solcher nicht mit Sicherheit ausschließen, so hat die Ärztin oder der Arzt sofort die Polizei oder die Staatsanwaltschaft zu benachrichtigen. Sie oder er hat außerdem dafür zu sorgen, dass an der Leiche und deren Umgebung bis zum Eintreffen der Polizei oder der Staatsanwaltschaft keine vermeidbaren Veränderungen vorgenommen werden.

(5) Ergeben sich Anhaltspunkte dafür, dass die verstorbene Person an einer meldepflichtigen oder einer ähnlich gefährlichen übertragbaren Krankheit gelitten hat, die durch den Umgang mit der Leiche weiterverbreitet werden kann, so hat die Ärztin oder der Arzt dafür zu sorgen, dass die Leiche entsprechend gekennzeichnet wird.

§ 3

Todesbescheinigung

(1) Die Ärztin oder der Arzt, die oder der die Leichenschau vornimmt, hat hierüber auf einem von der zuständigen Behörde herausgegebenen Vordruck eine Todesbescheinigung auszustellen, die dem Nachweis des Todeszeitpunktes und der Todesursache, der Aufklärung von Straftaten, die mit dem Tod im Zusammenhang stehen, der Prüfung, ob seuchenhygienische Maßnahmen erforderlich sind, sowie Zwecken der Statistik und Forschung dient. Die Todesbescheinigung darf über die verstorbene Person nur die folgenden Angaben enthalten:

1. Name, Geschlecht,
2. letzte Wohnung,
3. Zeitpunkt und Ort der Geburt und des Todes oder der Auffindung, bei Totgeborenen außerdem das Geburtsgewicht,
4. Name der Ärztin bzw. des Arztes, die oder der die verstorbene Person zuletzt behandelt hat oder

des Krankenhauses, in dem die verstorbene Person zuletzt behandelt wurde,

5. Angaben über übertragbare Krankheiten,
6. Art des Todes (natürlicher, nichtnatürlicher oder unaufgeklärter Tod),
7. Angaben zur Krankheitsanamnese,
8. Art des Todeseintritts (Endzustand),
9. unmittelbare und mittelbare Todesursachen sowie weitere wesentliche Krankheiten oder Verletzungen zur Zeit des Todes,
10. Angaben über durchgeführte Reanimationsbehandlungen,
11. Angaben zu implantierten Geräten und radioaktiven Strahlen,
12. bei nichtnatürlichem Tod: Art des Unfalls oder des sonstigen nichtnatürlichen Todes,
13. bei Frauen: Angaben über eine bestehende oder eine bis zu drei Monaten zurückliegende Schwangerschaft,
14. bei Totgeborenen und bei Kindern unter einem Jahr: Angaben über die Stätte der Geburt, über Gewicht und Länge bei der Geburt sowie über das Vorliegen einer Mehrlingsgeburt.

Die in Satz 2 Nummern 7 bis 10 und 12 bis 14 genannten Angaben dürfen nur in einem verschließbaren, von außen nicht lesbaren Innenteil der Todesbescheinigung enthalten sein.

(2) Die Ärztin oder der Arzt hat die Todesbescheinigung, nachdem sie oder er den Innenteil der Todesbescheinigung verschlossen hat, unverzüglich demjenigen auszuhandigen, die nach dem Personenstandsgesetz zur Anzeige des Todes verpflichtet sind. Diese haben sie der Standesbeamtin oder dem Standesbeamten einzureichen, die oder der die Eintragung in das Sterberegister auf der Todesbescheinigung vermerkt und diese der zuständigen Behörde für Zwecke des Gesundheitswesens übersendet.

(3) Findet eine Sektion statt, so erhält die sezierende Ärztin oder der sezierende Arzt zusammen mit der Leiche eine Durchschrift der Todesbescheinigung. Sie oder er hat die Durchschrift auf Grund des Ergebnisses der Sektion zu ergänzen oder zu berichtigen und verschlossen der zuständigen Behörde für Zwecke des Gesundheitswesens zu übersenden. Ist eine Feuerbestattung beabsichtigt, so hat sie oder er außerdem eine Durchschrift des Sektionsbefundes verschlossen der Leiche beizugeben. § 2 Absätze 4 und 5 gilt entsprechend.

(4) Die zuständige Behörde überprüft den Inhalt des äußeren und des inneren Teils der Todesbescheinigung und bereitet die Angaben für eine statistische Auswertung auf; § 2 Absatz 4 Satz 1 gilt entsprechend. Lag die Hauptwohnung der verstorbenen Person au-

ßerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg, so ist der für die Hauptwohnung zuständigen Behörde für Zwecke des Gesundheitswesens eine Kopie der Todesbescheinigung zu übersenden.

(5) Die zuständige Behörde bewahrt die Todesbescheinigungen, die in Absatz 3 genannten Durchschriften und die ihr von auswärtigen Stellen zugesandten gleichartigen Bescheinigungen 30 Jahre lang auf. Auf Antrag gewährt sie Einsicht in diese oder erteilt Auskünfte daraus, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller

1. ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis über die Todesumstände einer oder eines namentlich bezeichneten Verstorbenen glaubhaft macht und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Offenbarung schutzwürdige Belange der verstorbenen Person oder betroffener Dritter beeinträchtigt werden, oder
2. die Angaben für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben benötigt und
 - a) durch sofortige Anonymisierung der Angaben oder auf andere Weise sichergestellt wird, dass schutzwürdige Belange der oder des Verstorbenen oder betroffener Dritter nicht beeinträchtigt werden, oder
 - b) das öffentliche Interesse an dem Forschungsvorhaben das Geheimhaltungsinteresse der oder des Verstorbenen oder betroffener Dritter erheblich überwiegt.

Die Antragstellerin oder der Antragsteller darf personenbezogene Angaben, die sie oder er auf diese Weise erfährt, nur zu dem von ihr oder ihm im Antrag angegebenen Zweck verwenden.

Das Gewähren von Einsicht und die Erteilung von Auskünften im Übrigen sind unzulässig.

§ 4

Auskunftspflicht

(1) Angehörige der Heil- und Heilhilfsberufe, die die verstorbene Person vor ihrem Tode untersucht, behandelt oder gepflegt haben und Personen, mit denen die verstorbene Person zusammengelebt hat oder die Kenntnis von den Umständen des Todes haben, sind verpflichtet, der die Leichenschau vornehmenden Ärztin oder dem die Leichenschau vornehmenden Arzt und der zuständigen Behörde die für die Vornahme der Leichenschau und die Ausstellung der Todesbescheinigung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(2) Außerdem sind die Ärztinnen und Ärzte, die die Leichenschau oder eine Sektion vorgenommen haben, verpflichtet, der zuständigen Behörde die zur

Überprüfung und Vervollständigung der Todesbescheinigung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(3) Eine zur Auskunft verpflichtete Person kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder in §383 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichnete Angehörige der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

§5

Kosten der Leichenschau

In den Fällen des §1 Absatz 2 Satz 1 und des §3 Absatz 3 kann eine besondere Vergütung für die Leichenschau und für die Ausstellung, Ergänzung oder Berichtigung der Todesbescheinigung nicht verlangt werden. Die Kosten der Leichenschau und der Ausstellung der Todesbescheinigung in den übrigen Fällen trägt die oder der Bestattungspflichtige (§10 Absatz 2).

§6

Überführung und Aufbewahrung von Leichen

(1) Jede Leiche ist unverzüglich, spätestens jedoch 36 Stunden nach der Feststellung des Todes in die von den Angehörigen (§11) bestimmte, sonst in eine öffentliche Leichenhalle (§7 Absatz 4) zu überführen. Dies gilt nicht, wenn die Leiche unverzüglich zur Bestattung an einen Ort außerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg überführt wird. Die zuständige Behörde kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen, sofern Gründe der Hygiene nicht entgegenstehen, oder die Frist nach Satz 1 aus Gründen der Hygiene abkürzen.

(2) Wird im Todesfall niemand tätig, veranlasst die zuständige Behörde die Überführung der Leiche in eine öffentliche Leichenhalle. Die Kosten der Überführung eines Leichnams in eine Leichenhalle und die Aufbewahrung eines Leichnams in einer Leichenhalle trägt die oder der Bestattungspflichtige (§10 Absatz 2).

(3) Bei Leichen, die nach §2 Absatz 5 zu kennzeichnen sind, ist die Kennzeichnung auf dem Sarg von der Person zu wiederholen, die die Einsargung vornimmt. Solche Särgen dürfen nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde oder auf Weisung einer in §87 Absatz 2 Satz 2 der Strafprozessordnung genannten Ärztin oder eines in §87 Absatz 2 Satz 2 der Strafprozessordnung genannten Arztes geöffnet werden.

§7

Leichenhallen

(1) Leichenhallen sind feste Bauwerke oder Räumlichkeiten in festen Bauwerken, die der Leichenaufbe-

wahrung und der Vorbereitung der Leichen für die Bestattung dienen. Sie müssen der Achtung vor der Würde der Verstorbenen entsprechen und so beschaffen sein, dass die öffentliche Sicherheit sowie die Gesundheit und das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt werden. Leichen, die länger als 36 Stunden aufbewahrt werden, müssen in Räume verbracht werden, die mit einer Kühleinrichtung ausgestattet sind. Diese müssen insbesondere leicht zu reinigen sowie desinfizierbar sein, eine Belüftungsanlage aufweisen und gegen den Befall von Ungeziefer sowie gegen das Betreten durch Unbefugte gesichert sein. Die Räume dürfen nicht anderen Zwecken dienen.

(2) Das Aufbewahren von Leichen ist von der Betreiberin oder dem Betreiber der Leichenhalle zu dokumentieren. Die Dokumentation muss die folgenden Angaben enthalten

1. Vor- und Zuname der verstorbenen Person,
2. Geburtsort und Geburtsdatum,
3. Sterbeort und Sterbedatum,
4. letzter Wohnort,
5. Einlieferungsdatum und Name der oder des Einliefernden,
6. Auslieferungsdatum und Name der Empfängerin oder des Empfängers sowie den Beisetzungsort.

Die Dokumentation ist für die Dauer von fünf Jahren ab Auslieferungsdatum bei der Betreiberin oder dem Betreiber aufzubewahren.

(3) Die Errichtung und der Betrieb von Leichenhallen, die mit einer Kühleinrichtung ausgestattet sind, bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Die Genehmigung ergeht unbeschadet der Rechte Dritter und ersetzt nicht eine nach anderen Rechtsvorschriften notwendige Zulassung. Die Genehmigung ist zu versagen oder kann widerrufen werden, wenn die gesetzlichen Vorschriften nicht eingehalten werden.

(4) Als öffentliche Leichenhallen gelten die Leichenhallen der Friedhöfe und Krematorien, der Krankenhäuser und des Instituts für Rechtsmedizin; auf diese ist Absatz 3 nicht anzuwenden.

§8

Beförderung von Leichen

(1) Leichen sind in verschlossenen, feuchtigkeits- undurchlässigen, widerstandsfähigen Särgen ohne vermeidbare Unterbrechung zum Bestimmungsort zu befördern. Ist der Tod an Bord eines Schiffes außerhalb eines Hafens eingetreten, so kann anstelle eines Sarges eine andere geeignete Umhüllung verwendet werden. Zur Beförderung von Leichen im Straßenverkehr dürfen nur solche Fahrzeuge benutzt werden, die zur Leichenbeförderung eingerichtet sind und aus-

schließlich hierfür oder für Bestattungszwecke verwendet werden (Leichenwagen). Die Beförderung von Leichen in Anhängern an Kraftfahrzeugen ist nicht zulässig. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht für die Bergung von Leichen, insbesondere die Beförderung tödlich Verunglückter von der Unfallstelle.

(2) Leichen dürfen von einem Ort außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nur dann in die Freie und Hansestadt Hamburg befördert werden, wenn sich aus einer beigefügten amtlichen Bescheinigung ergibt, dass die verstorbene Person nicht an einer übertragbaren Krankheit gelitten hat. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen zulassen. Für die Beförderung einer Leiche aus der Freien und Hansestadt Hamburg an einen anderen Ort stellt die zuständige Behörde auf Antrag einen Identitätsnachweis (Leichenpass) aus, wenn dieser von den zuständigen Behörden des Bestimmungslandes oder eines Transitlandes verlangt wird und gesundheitliche Bedenken gegen die Beförderung nicht bestehen. Die zuständige Behörde ist berechtigt, die für die Ausstellung des Leichenpasses erforderlichen Nachweise zu verlangen sowie eigene Ermittlungen anzustellen und Auskünfte einzuholen.

§ 9

Ausgrabung von Leichen

Die Ausgrabung von Leichen vor Ablauf der Ruhezeit ist, mit Ausnahme der Ausgrabung nach § 87 Absatz 3 der Strafprozessordnung, nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde und nur in den Monaten November bis März zulässig.

Abschnitt 2

Bestattungswesen

§ 10

Bestattungspflicht

(1) Leichen sind zu bestatten. Totgeborene mit einem Geburtsgewicht unter 1000 Gramm und Fehlgeburten sind auf Wunsch eines Elternteils zu bestatten. Für die Bestattung haben die Angehörigen (§ 11) zu sorgen. Wird für eine Leiche nicht innerhalb von zehn Tagen nach Feststellung des Todes die Bestattung veranlasst, so hat die Verwahrerin oder der Verwahrer der Leiche dies unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen; diese soll umgehend die Bestattung veranlassen. Satz 4 gilt nicht, wenn die Überführung zu einem Friedhof oder Krematorium nachweisbar veranlasst und die Bestattung in nächster Zeit zu erwarten ist oder wenn die Leiche wegen eines Todesermittlungsverfahrens von der Staatsanwaltschaft noch nicht freigegeben worden ist sowie in den Fällen des Absatzes 5.

(2) Die Maßnahmen von Amts wegen werden auf Kosten der Pflichtigen vorgenommen; heranzuziehen sind die Angehörigen in der Rangfolge nach § 11. Mehrere gleichrangige Angehörige haften als Gesamtschuldner.

(3) Totgeborene mit einem Geburtsgewicht unter 1000 Gramm oder Fehlgeburten, die nicht bestattet werden, sowie aus Schwangerschaftsabbrüchen stammende Föten und Embryonen sind hygienisch einwandfrei und dem sittlichen Empfinden entsprechend einzuäschern und auf einem Grabfeld zur Ruhe zu betten, sofern sie nicht rechtmäßig für wissenschaftliche Zwecke benötigt werden. Eltern ist auf Wunsch die Teilnahme an der Beisetzung zu ermöglichen.

(4) Abgetrennte Körperteile, Organe und Teile von Organen, die nicht für Transplantationen, für wissenschaftliche Zwecke oder für die Herstellung von Arzneimitteln benötigt werden, sind hygienisch einwandfrei und pietätvoll zu beseitigen.

(5) Leichen dürfen wissenschaftlichen Zwecken nur zugeführt werden, wenn eine schriftliche Zustimmung der oder des Verstorbenen vorliegt und die Voraussetzungen des § 13 Absätze 1 und 2 vorliegen. Die wissenschaftliche Einrichtung veranlasst die Bestattung der Leiche, sobald sie nicht mehr wissenschaftlichen Zwecken dient.

§ 11

Angehörige

Angehörige im Sinne dieses Gesetzes sind in folgender Rangfolge

1. die Ehegatten oder die Lebenspartnerin bzw. der Lebenspartner, auch diejenigen im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266), zuletzt geändert am 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639),
2. die ehelichen und nichtehelichen Kinder,
3. die Eltern,
4. die Geschwister,
5. die Enkel.

§ 12

Bestattungsart

(1) Die Bestattung kann als Erdbestattung in Särgen oder Leichentüchern oder als Feuerbestattung erfolgen. Säрге, Leichentücher und Urnen sind beizusetzen.

(2) Die Art der Bestattung richtet sich nach dem Willen der oder des Verstorbenen. Ist ein Wille der oder der zur Bestattung Verpflichtete die Bestattungsart. Bestattungen auf behördliche Veranlassung sind

anonym oder als Seebestattung nur zulässig, wenn dieser Wunsch von der oder dem Verstorbenen zu Lebzeiten schriftlich dokumentiert wurde.

§ 13

Zulässigkeit der Bestattung

(1) Bestattungen sind zulässig, wenn eine Leichenschau durchgeführt wurde und der Sterbefall durch das zuständige Standesamt beurkundet wurde oder wenn eine Bescheinigung des zuständigen Standesamts über die Anzeige des Todesfalls nach § 7 Absatz 2 der Personenstandsverordnung vom 22. November 2008 (BGBl. I S. 2263), zuletzt geändert am 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639, 2641), vorliegt. Die Erdbestattung von Tot- oder Fehlgeborenen ist zulässig, wenn die Bescheinigung einer bei oder nach dem Geburtsvorgang hinzugezogenen Ärztin oder eines bei oder nach dem Geburtsvorgang hinzugezogenen Arztes darüber vorgelegt wird, dass keine Anhaltspunkte für ein nichtnatürliches Geschehen bestehen.

(2) Die Feuerbestattung nach Maßgabe von § 14 ist zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatz 1 Satz 1 vorliegen und auf Grund einer zusätzlichen Leichenschau bestätigt worden ist, dass keine Anhaltspunkte für einen nichtnatürlichen Tod bestehen, oder wenn in den Fällen nach § 159 Absatz 1 der Strafprozessordnung die schriftliche Genehmigung der Staatsanwaltschaft zur Bestattung vorliegt.

(3) Die zusätzliche Leichenschau nach Absatz 2 können vornehmen

1. die zuständige Behörde durch eine Ärztin oder einen Arzt, die oder der die Anerkennung zum Führen der Gebietsbezeichnung öffentliches Gesundheitswesen oder Rechtsmedizin hat,
2. eine in § 87 Absatz 2 Satz 2 der Strafprozessordnung genannte Ärztin oder ein in § 87 Absatz 2 Satz 2 der Strafprozessordnung genannter Arzt
3. eine Ärztin oder ein Arzt mit besonderen Kenntnissen auf dem Gebiet der Rechtsmedizin, die oder der von der zuständigen Behörde hierfür ermächtigt worden ist.

Für die Durchführung der zusätzlichen Leichenschau erhält die Ärztin oder der Arzt eine Durchschrift der Todesbescheinigung und, sofern eine Sektion stattgefunden hat, des Sektionsbefundes. Sie oder er kann ergänzende Auskünfte einholen. Die Unterlagen sind für die Dauer von fünf Jahren aufzubewahren. § 2 Absatz 4 und § 4 gelten entsprechend.

§ 14

Feuerbestattung

(1) Leichen dürfen in der Freien und Hansestadt Hamburg nur in zugelassenen Krematorien einge-

äschert werden. Der einzelne Leichnam ist in einem Holzsarg einzuäschern.

(2) Die Asche jeder Leiche einschließlich aller nicht verbrennbaren Rückstände ist im Krematorium in ein zu verschließendes Behältnis (Urne) aufzunehmen.

(3) Das Krematorium sorgt für die Beförderung oder Versendung der Urnen zum Beisetzungsort.

(4) Es muss jederzeit festzustellen sein, wo die Urne aufbewahrt wird und um wessen Asche es sich handelt. Die Beförderung oder der Versand einer Urne sind erst zulässig, wenn eine nach dem jeweiligen Landesrecht zulässige Beisetzungsmöglichkeit am Bestimmungsort in geeigneter Weise nachgewiesen worden ist.

§ 15

Krematorien

(1) Krematorien sind Anlagen zur Feuerbestattung. Sie müssen der Achtung vor der Würde der Verstorbenen entsprechen und so beschaffen sein, dass die öffentliche Sicherheit sowie die Gesundheit und das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt werden. Die Räume dürfen nicht anderen Zwecken dienen. Es muss eine Leichenhalle (§ 7) vorhanden sein. Das Krematorium muss sich auf einem Friedhof befinden.

(2) Das Krematorium führt über die zur Feuerbestattung eingelieferten Leichen ein Einlieferungsverzeichnis, aus dem sich der vollständige Name der verstorbenen Person, der einliefernden Person und der Tag der Einlieferung ergeben müssen sowie ein Einäscherungsverzeichnis, das folgende Angaben enthalten muss:

1. Nummer der Einäscherung,
2. Name und Vorname der verstorbenen Person,
3. Geburtsdatum und Geburtsort,
4. Sterbedatum und Sterbeort,
5. letzter Wohnort oder gewöhnlicher Aufenthaltsort der verstorbenen Person,
6. Tag der Einäscherung,
7. Empfängerin oder Empfänger der Asche.
8. gegebenenfalls Datum des Versandes der Urne.

Die nach Satz 1 erhobenen Daten sind für die Dauer eines Jahres im Krematorium aufzubewahren.

(3) Die Errichtung und der Betrieb eines Krematoriums bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Die Genehmigung ergeht unbeschadet der Rechte Dritter und ersetzt nicht eine nach anderen Rechtsvorschriften notwendige Zulassung. Die Genehmigung ist zu versagen oder kann widerrufen werden, wenn die gesetzlichen Vorschriften nicht eingehalten werden.

§ 16

Beisetzung

(1) Beisetzungen, auch von Urnen in Kolumbarien oder Mausoleen, sind nur auf Friedhöfen zulässig. Die zuständige Behörde kann hiervon in Einzelfällen Ausnahmen zulassen.

(2) Die Beisetzung einer Urne von einem Schiff auf See ist zulässig, wenn dies dem Willen der oder des Verstorbenen entspricht. Die Vorschriften für die Küstengewässer sowie für die Hohe See und die jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften für die Seebestattung bleiben unberührt.

(3) Erfolgt die Beisetzung einer Urne nicht innerhalb eines Monats nach der Einäscherung, so soll die zuständige Behörde die Beisetzung in einer Reihengrabstätte veranlassen. Dies gilt nicht, wenn die Beisetzung nachweisbar veranlasst und in nächster Zeit zu erwarten ist. Wer eine Urne in seinem Besitz hat, für die die Beisetzung nicht veranlasst wurde, hat dies der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. § 10 Absatz 2 gilt entsprechend.

Abschnitt 3

Staatliches Friedhofswesen

§ 17

Geltungsbereich

Die Vorschriften dieses Abschnittes gelten für die staatlichen Friedhöfe in der Freien und Hansestadt Hamburg und für die von der Hamburger Friedhöfe – Anstalt öffentlichen Rechts – betriebenen Friedhöfe.

§ 18

Widmung, Schließung

(1) Widmung, Schließung und Entwidmung von Friedhöfen werden durch Gesetz geregelt. Die bestehenden Friedhöfe ergeben sich aus der Anlage 1.

(2) Teile von Friedhöfen können aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses von der zuständigen Behörde geschlossen und entwidmet, einzelne Grabstätten aufgehoben werden.

(3) Durch die Schließung eines Friedhofes oder von Friedhofsteilen wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung geht die Eigenschaft als Ruhestätte verloren. Die Schließung oder Entwidmung von Friedhofsteilen und die Aufhebung einzelner Grabstätten werden öffentlich bekannt gegeben. Bei Wahlgrabstätten werden die Nutzungsberechtigten benachrichtigt, sofern ihre Anschrift der zuständigen Behörde bekannt ist.

(4) Sind bei der Aufhebung Ruhezeiten noch nicht abgelaufen, so sind die in Reihengrabstätten Beigesetzten für die restliche Ruhezeit, die in Wahlgrabstät-

ten Beigesetzten für die restliche Überlassungszeit auf Kosten der Freien und Hansestadt Hamburg oder der Hamburger Friedhöfe – Anstalt öffentlichen Rechts – in eine andere Grabstätte umzubetten.

§ 19

Verwaltung, vorübergehende Sperrung, Haftung

(1) Die zuständige Behörde hat über Nutzungs- und Beisetzungsrechte auf den Friedhöfen sowie über Bestattungen Buch zu führen und die Aufhebung von Grabstätten und die Schließung und Entwidmung von Teilflächen zu dokumentieren. Die Verarbeitung der Daten und die Übermittlung an andere öffentliche Stellen oder Dritte ist zulässig, wenn es zu deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

(2) Die zuständige Behörde ist verpflichtet, die allgemeinen Friedhofsanlagen und -einrichtungen unter angemessener Berücksichtigung der Zielsetzungen der Grünpflege, der Gartendenkmalpflege und des Ensembleschutzes zu unterhalten.

(3) Die Freie und Hansestadt Hamburg und die Hamburger Friedhöfe – Anstalt öffentlichen Rechts – haben keine Obhutspflicht für Grabstätten, ihre Ausstattung und Grabgegenstände. Sie sind nicht verpflichtet, Vorkehrungen zur Verhütung von Schäden zu treffen, die durch fremde Personen oder Tiere verursacht werden können.

(4) Der Zugang zu Friedhöfen oder Friedhofsteilen kann zur Abwendung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung von der zuständigen Behörde vorübergehend vollständig oder teilweise gesperrt werden.

§ 20

Friedhofszweck

(1) Die Friedhöfe dienen der Bestattung Verstorbener und sind Totengedenkstätten.

(2) Die Friedhöfe dienen unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben nach Absatz 1 auch der Gesundheit und Erholung der Bevölkerung.

(3) Die zuständige Behörde kann zulassen, dass Gebäude auf Friedhöfen auch zu anderen als den in den Absätzen 1 und 2 genannten Zwecken, insbesondere zu sozialen, kulturellen, gewerblichen und öffentlichen Zwecken genutzt werden, sofern diese Nutzungen den Friedhofszweck nicht unangemessen beeinträchtigen.

(4) Absatz 3 gilt für die Nutzung von belegungs-freien und teilentwidmeten Flächen und für aufgehobene Grabstätten (§ 18 Absatz 2) sowie für die Straßen- und Wegenutzung entsprechend.

§21

Bestattungsgebräuche

Die Ausübung kirchlicher Amtshandlungen sowie religiöser und weltanschaulicher Gebräuche bei Bestattungen und Totengedenkfeiern wird gewährleistet. Auf den Ablauf anderer Bestattungen ist Rücksicht zu nehmen.

§22

Gewerbliche Tätigkeiten

(1) Auf den Friedhöfen dürfen unbeschadet solcher Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit nach §20 Absätze 3 und 4 zugelassenen Nutzungen stehen, nur solche gewerbliche Tätigkeiten ausgeübt werden, die dem Zweck der Friedhöfe (§20 Absätze 1 und 2) dienen.

(2) Gewerbliche Tätigkeiten auf den Friedhöfen dürfen nur während der von der zuständigen Behörde festgesetzten Zeit unter Wahrung der Würde des Ortes ausgeführt werden. Sie können untersagt werden, wenn die oder der Gewerbetreibende wiederholt gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder der dazu erlassenen Rechtsverordnung verstoßen hat.

§23

Grabstätten

(1) Leichen und Urnen werden in Reihen-, Wahl- oder Ehrengabstätten beigesetzt. Es besteht kein Anspruch auf eine der Lage nach bestimmte Grabstätte und auf Unveränderlichkeit ihrer Umgebung. An Grabstätten findet kein Eigentumserwerb statt.

(2) Reihengrabstätten sind einstellige Grabstätten. Sie werden in Grabfeldern der Reihe nach belegt und nur für die Beisetzung einer oder eines Verstorbenen beziehungsweise einer Urne für die Dauer der Ruhezeit vergeben.

(3) Wahlgrabstätten sind ein- oder mehrstellige Grabstätten zur Beisetzung einer oder eines oder mehrerer Verstorbener oder Urnen. An ihnen wird auf Antrag und nach Zahlung der Überlassungsgebühr für die Dauer von 25 Jahren ein Nutzungsrecht eingeräumt (Überlassungszeit).

(4) Ehrengabstätten sind ein- oder mehrstellige Grabstätten. Sie werden aus besonderem Anlass auf Beschluss des Senats auf Friedhofsdauer angelegt.

(5) Anonyme Beisetzungen erfolgen in Reihengabstätten ohne Kennzeichnung. Sie werden vergeben, wenn dies dem Willen der oder des Verstorbenen entspricht.

(6) Die zuständige Behörde kann Flächen für Grabstätten ausweisen, auf denen auf Wunsch der Verstorbenen eine Urne mit der Asche eines Haustieres dem Grab beigegeben werden kann.

§24

Wahlgrabstätten

(1) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte umfasst die Befugnis der oder des Berechtigten zu bestimmen, wer auf der Grabstätte beigesetzt werden soll. Bei der erstmaligen Einräumung des Nutzungsrechtes kann die oder der Nutzungsberechtigte auswählen, ob die Grabstätte in einem Grabfeld mit allgemeinen oder mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften liegen soll, und die Art und Größe der Grabstätte festlegen. Der Erwerb und die Nutzung von Rechten an Wahlgrabstätten zu gewerblichen Zwecken sind unzulässig.

(2) Die oder der Nutzungsberechtigte soll beim Erwerb des Nutzungsrechtes für den Fall ihres oder seines Ablebens gegenüber der zuständigen Behörde eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Das Einverständnis der oder des Bestimmten ist nachzuweisen.

(3) Stirbt die oder der Nutzungsberechtigte, ohne eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger bestimmt oder das Einverständnis der oder des von ihr oder ihm Bestimmten nachgewiesen zu haben, so wird das Nutzungsrecht von der zuständigen Behörde auf die Angehörigen in der in §11 festgelegten Rangfolge übertragen. Mit der Übertragung des Nutzungsrechtes setzt die zuständige Behörde eine Frist zur Annahme des Nutzungsrechtes. Wird die Annahme des Nutzungsrechtes nicht innerhalb der gesetzten Frist erklärt, kann die zuständige Behörde das Nutzungsrecht auf die nächste Angehörige oder den nächsten Angehörigen nach Maßgabe der in §11 festgelegten Rangfolge übertragen. Sind mehrere gleichrangige Personen vorhanden, so haben die älteren Angehörigen den Vorrang vor den jüngeren Angehörigen.

(4) Sind keine Angehörigen vorhanden, so kann die zuständige Behörde das Nutzungsrecht auch auf andere Personen übertragen, wenn ein berechtigtes Interesse am Erhalt der Grabstätte nachgewiesen wird.

(5) Die Nachfolgerin oder der Nachfolger im Nutzungsrecht ist an die Bestimmung von Beisetzungsberechtigten durch vorherige Nutzungsberechtigte gebunden.

(6) Das Nutzungsrecht kann auf Antrag der oder des Nutzungsberechtigten von der zuständigen Behörde auf eine dritte Person übertragen werden. Absatz 2 Satz 2 und Absatz 5 gelten entsprechend.

(7) Stirbt eine oder einer der in §11 bezeichneten Angehörigen, deren oder dessen Beisetzung auf der Wahlgrabstätte noch nicht bestimmt ist, und ist die oder der Nutzungsberechtigte nicht spätestens vier Tage vor der Beisetzung der Leiche oder innerhalb

eines Monats nach der Einäscherung erreichbar, so kann jeder der in § 11 bezeichneten Angehörigen bestimmen, dass die oder der verstorbene Angehörige auf der Wahlgrabstätte beigesetzt werden darf. Bei voneinander abweichenden Erklärungen der Angehörigen gilt die Rangfolge des § 11.

§ 25

Gestaltung der Grabstätten

(1) Die Grabstätten sind so zu gestalten und der Umgebung anzupassen, dass die Würde und die historisch gewachsenen Strukturen des Friedhofes gewahrt werden. Auf charakteristische Grabfelder und geschichtlich oder künstlerisch bedeutende Grabmale ist Rücksicht zu nehmen. Grabhügel sind nicht zulässig. Näheres regeln die für die jeweilige Grabstätte geltenden Bepflanzungs- und Gestaltungsvorschriften.

(2) Die zuständige Behörde kann Grabfelder einrichten, in denen zusätzliche Gestaltungsvorschriften zu beachten sind.

§ 26

Grabmale

(1) Die Errichtung und Veränderung von Grabmalen bedürfen der schriftlichen Genehmigung der zuständigen Behörde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn das Grabmal den geltenden Bestimmungen entspricht, die Gebühr für die spätere Entsorgung des Grabmales entrichtet worden ist und dem Vorhaben keine anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

(2) Das Grabmal ist, wenn seine Größe es erfordert, auf einem Fundament zu errichten und darauf so zu befestigen, dass es dauerhaft standsicher ist und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken kann.

(3) Die zuständige Behörde kann für geschichtlich oder künstlerisch bedeutende Grabmale besondere Erhaltungspflichten gegenüber der oder dem Nutzungsberechtigten festlegen.

(4) Die nach § 27 Absatz 1 Satz 2 Verpflichteten sind dafür verantwortlich, dass das Grabmal sich dauernd in verkehrssicherem Zustand befindet. Eine Aufforderung zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit eines Grabmales darf öffentlich bekannt gegeben werden, wenn die Anschrift der oder des Nutzungsberechtigten nicht bekannt ist.

(5) Zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit kann das Grabmal von der zuständigen Behörde auf Kosten der oder des Nutzungsberechtigten umgelegt werden.

(6) Wird ein Grabmal im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet oder geändert, so

kann die zuständige Behörde die Beseitigung des Grabmales anordnen, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände hergestellt werden können.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten für sonstige auf der Grabstätte befindliche Sachen (Grabgegenstände) entsprechend.

§ 27

Grabpflege

(1) Grabstätten sind zu pflegen. Bei Wahlgrabstätten obliegt die Grabpflege der oder dem Nutzungsberechtigten, bei Reihengrabstätten mit Ausnahme der anonymen Reihengrabstätten obliegt sie der Auftraggeberin oder dem Auftraggeber der Bestattung. Die nach Satz 2 Verpflichteten können Dritte mit der Ausführung der Pflegearbeiten beauftragen; ihre Verpflichtung bleibt davon unberührt.

(2) Bei allen Grabstätten führt die zuständige Behörde die Erstherrichtung und die Mindestunterhaltung auf Kosten derjenigen oder desjenigen aus, die oder der das Nutzungsrecht erworben oder die Bestattung veranlasst hat. Die Kosten sind für die Dauer der Überlassungszeit im Voraus zu entrichten.

(3) Kommen die nach Absatz 1 Satz 2 Verpflichteten ihrer Pflegeverpflichtung trotz Aufforderung und Fristsetzung durch die zuständige Behörde nicht nach, so kann die zuständige Behörde auf ihre Kosten den Aufwuchs entfernen, eine Rasenanlage herstellen und bis zum Ablauf der Überlassungszeit unterhalten. Ist die Anschrift der oder des Verpflichteten nicht bekannt, so kann die Aufforderung nach Satz 1 öffentlich bekannt gegeben werden.

(4) Ehrengabstätten werden von der zuständigen Behörde gepflegt.

§ 28

Ruhezeit

(1) Die Ruhezeit für Leichen und Urnen beträgt 25 Jahre. Sie beginnt mit der Beisetzung.

(2) Vor Ablauf der Ruhezeit darf eine Grabstätte nicht neu belegt werden. Die zuständige Behörde kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

§ 29

Umbettung

(1) Die Umbettung von Leichen und Urnen während der Ruhezeit ist nicht zulässig. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen zulassen, wenn ein die Störung der Totenruhe rechtfertigender wichtiger Grund vorliegt.

(2) Ist eine Erlaubnis nach Absatz 1 erteilt, so wird die Umbettung einer Leiche oder Urne von der zuständigen Behörde durchgeführt. Leichen dürfen nur in den Monaten November bis März umgebettet werden.

(3) Mit der Umbettung beginnt keine neue Ruhezeit.

(4) Das Herausnehmen von Urnen anlässlich der Beisetzung einer Leiche in einer Wahlgrabstätte und die anschließende Beisetzung der Urnen auf derselben Grabstelle ist keine Umbettung.

(5) Nach einer Umbettung kann auf das Nutzungsrecht an der unbelegten Wahlgrabstätte verzichtet werden. Reihengrabstätten können nur dann zurückgegeben werden, wenn eine Wiederbelegung möglich ist. Auf Antrag werden die für die Nutzung der Grabstätte entrichteten Gebühren für verbleibende volle Jahre anteilig erstattet.

§ 30

Verlängerung des Nutzungsrechts

(1) Bei jeder Beisetzung in einer Wahlgrabstätte ist das Nutzungsrecht für die Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Urne zu verlängern.

(2) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte ist auf Antrag der oder des Nutzungsberechtigten bis zu 25 Jahren zu verlängern. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen zulassen.

(3) Die zuständige Behörde kann eine Verlängerung der Überlassungszeit mit Auflagen versehen, wenn die oder der Nutzungsberechtigte ihrer bzw. seiner Pflegeverpflichtung nicht nachgekommen ist oder nicht für die Standsicherheit des Grabmales gesorgt hat.

§ 31

Ablauf von Rechten

(1) Nach Ablauf der Ruhezeit von Leichen und Urnen in Reihengrabstätten, bei Wahlgrabstätten nach Erlöschen des Nutzungsrechts, werden die Grabmale und Grabgegenstände von der zuständigen Behörde mit Ausnahme der Pflanzen der oder dem Berechtigten auf Antrag ausgehändigt. Der Ablauf der Ruhezeit oder das Erlöschen des Nutzungsrechtes und die von der zuständigen Behörde bestimmte Frist für einen Antrag auf Aushändigung sind mindestens ein halbes Jahr vorher öffentlich bekannt zu geben.

(2) Ist eine Grabstätte ein Denkmal im Sinne von § 4 des Denkmalschutzgesetzes vom 5. April 2013 (HmbGVBl. S. 142) in der jeweils geltenden Fassung oder wird es von der zuständigen Behörde als denkmalschutzwürdig eingeschätzt, ist das Entfernen des Grabmales oder anderer zum Schutzgut gehörender Grabgegenstände nur mit Zustimmung der für den Denkmalschutz zuständigen Behörde zulässig. Diese gilt als erteilt, wenn nicht innerhalb Jahresfrist die Aufnahme in die Denkmalliste oder die Bestätigung der Denkmalswürdigkeit erfolgt.

(3) Nach Ablauf der Ruhezeit oder nach Erlöschen des Nutzungsrechtes an Grabstätten wird die zuständige Behörde nur für die Verkehrssicherheit des Grabmales verantwortlich. Grabmale und Grabgegenstände, für die kein Antrag auf Aushändigung gestellt wird und die nicht Denkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes sind, gehen in das Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg über.

Abschnitt 4

Friedhöfe anderer Träger

§ 32

Kirchliche Friedhöfe

(1) In der Freien und Hansestadt Hamburg bestehen die aus der Anlage 2 ersichtlichen Friedhöfe der Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts (kirchliche Friedhöfe).

(2) Die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts dürfen im Rahmen des geltenden Rechts neue Friedhöfe einrichten sowie ihre Friedhöfe verändern und schließen.

(3) Die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts erlassen für ihre Friedhöfe Friedhofsordnungen und Friedhofsgebührenordnungen; sie können diese Ordnungen im Amtlichen Anzeiger bekannt machen.

(4) Die Ruhezeit auf kirchlichen Friedhöfen beträgt mindestens 25 Jahre. Sie beginnt mit der Beisetzung. Auf Antrag des Friedhofsträgers kann die zuständige Behörde für den gesamten Friedhof eine Belegung unter 25 Jahren oder für einzelne Grabstellen eine Belegung vor Ablauf der Ruhezeit zulassen, wenn gesundheitliche Gefahren auszuschließen sind.

(5) Die zuständige Behörde kann kirchliche Friedhöfe oder Friedhofsteile schließen, wenn gesundheitliche Gefahren für die Umgebung zu befürchten sind.

(6) Die Friedhofsgebühren werden auf Antrag des Friedhofsträgers im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Körperschaft, zu deren Gunsten vollstreckt wird, hat der Freien und Hansestadt Hamburg die Kosten der Verwaltungsvollstreckung (Gebühren und Auslagen) zu erstatten, die durch Zahlung der Pflichtigen nicht gedeckt werden.

Abschnitt 5

Verordnungsermächtigung, Überwachung, Überleitungs- und Schlussvorschriften

§ 33

Verordnungsermächtigung

Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Vorschriften zu erlassen

1. über die Beschaffenheit und Verwendung von Särgen, Leichentüchern, Leichenhüllen, Leichenbekleidung und Urnen sowie das Öffnen der Särge,
2. über die Anforderungen an Krematorien und Leichenhallen und ihren Betrieb,
3. für die staatlichen Friedhöfe über
 - a) das Verhalten auf den Friedhöfen einschließlich der Benutzung von Kraftfahrzeugen,
 - b) die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Grabstätten,
 - c) das Anbieten von Waren und Diensten auf den Friedhöfen,
 - d) die Beschaffenheit des Sarg- und Grabschmuckes,
 - e) die Größe der Särge und Urnen,
 - f) die Durchführung der Bestattungen, insbesondere die Benutzung der Leichenhallen und Feierräume und ihrer Einrichtungen sowie das Ausheben und Verfüllen der Gräber,
 - g) die Größe und Belegung der Grabstätten sowie über weitere Beisetzungen während der Ruhezeit,
 - h) die Gestaltung von Grabstätten in bestimmten Grabfeldern, insbesondere über Grabausstattung und über Größe, Material, Schriftzeichen und Symbole der Grabmale (zusätzliche Gestaltungsvorschriften) sowie die Einhaltung der technischen Anforderungen an Grabmale,
4. über die Herkunft von Grabsteinen und Grabeinfassungen: besteht ein auch für Grabsteine und Grabeinfassungen geeignetes Nachweissystem für Produkte, die aus fairem Handel stammen und ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des Übereinkommens 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 17. Juni 1999 hergestellt sind, kann in der Verordnung vorgesehen werden, dass nur Grabsteine und Grabeinfassungen verwendet werden dürfen, für die entsprechende Nachweise vorgelegt werden.

§ 34

Überwachung, behördliche Befugnisse, Duldungspflichten

(1) Die Einhaltung der Anforderungen dieses Gesetzes und der darauf beruhenden Verordnungen unterliegt der Überwachung durch die zuständige Behörde. Sie kann im Rahmen dieser Aufgabe die zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlichen Anordnungen treffen.

(2) Zur Ausführung und Überwachung der Vorschriften dieses Gesetzes sind Beschäftigte und Beauftragte der zuständigen Behörde berechtigt, Bestattungseinrichtungen, Leichenhallen, Krematorien, Friedhöfe, Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume sowie Leichenfahrzeuge zu betreten und zu besichtigen. Die Inhaberinnen und Inhaber der in Satz 1 genannten Einrichtungen, Anlagen, Räume und Fahrzeuge haben die Amtshandlungen zu dulden und den Zugang zu ermöglichen. Sie sind verpflichtet, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

§ 35

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 1 Absatz 2 Satz 1 als Leiterin oder Leiter einer Einrichtung nicht sicherstellt, dass die Leichenschau unverzüglich vorgenommen wird,
2. entgegen § 1 Absatz 2 Satz 2 als anzeigepflichtige Person die Leichenschau nicht unverzüglich veranlasst,
3. entgegen § 1 Absatz 3 oder § 2 Absatz 1 oder 2 als Ärztin oder Arzt die Leichenschau nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in der erforderlichen Weise vornimmt,
4. entgegen § 2 Absatz 4 oder § 3 Absatz 3 Satz 4 als Ärztin oder Arzt die Polizei oder die Staatsanwaltschaft nicht oder nicht rechtzeitig benachrichtigt,
5. entgegen § 2 Absatz 5 oder § 3 Absatz 3 Satz 4 als Ärztin oder Arzt nicht dafür sorgt, dass eine Leiche mit einem Hinweis auf eine übertragbare Krankheit gekennzeichnet wird,
6. entgegen § 3 Absatz 1 als Ärztin oder Arzt eine Todesbescheinigung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig ausstellt oder entgegen § 3 Absatz 3 Satz 2 eine Todesbescheinigung nicht oder nicht richtig ergänzt oder berichtigt oder die ergänzte oder berichtigte Todesbescheinigung nicht der zuständigen Behörde übersendet,
7. entgegen § 3 Absatz 5 Satz 3 personenbezogene Angaben für andere Zwecke verwendet,
8. entgegen § 4 oder § 13 Absatz 3 Satz 5 eine Auskunft nicht oder nicht richtig erteilt,
9. entgegen § 6 Absatz 1 Satz 1 eine Leiche nicht unverzüglich in eine Leichenhalle überführt,
10. entgegen § 6 Absatz 1 Satz 2 eine Leiche nicht unverzüglich zur Bestattung an einen Ort außerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg überführt,
11. entgegen § 7 Absatz 1 die Aufbewahrung einer Leiche in nicht ordnungsgemäßen Räumlichkeiten

- ten durchführt, entgegen § 7 Absatz 2 das Aufbewahren von Leichen nicht vorschriftsgemäß dokumentiert oder entgegen § 7 Absatz 3 eine Leichenhalle, die mit einer Kühleinrichtung ausgestattet ist, ohne Genehmigung betreibt oder
12. entgegen § 8 Absatz 1 für die Beförderung einer Leiche im Straßenverkehr ein Fahrzeug benutzt, der hierfür nicht eingerichtet ist oder der nicht ausschließlich für Bestattungszwecke verwendet wird oder eine Leiche in einem Anhänger an einem Kraftfahrzeug befördert,
 13. entgegen § 9 eine Leiche ausgräbt,
 14. entgegen § 10 Absatz 1 Satz 4, erster Halbsatz als Verwahrerin oder Verwahrer der Leiche nicht innerhalb von zehn Tagen nach Feststellung des Todes dieses unverzüglich anzeigt,
 15. entgegen § 14 Absatz 1 die Einäscherung einer Leiche außerhalb eines zugelassenen Krematoriums vornimmt oder entgegen Absatz 2 die Asche nicht einschließlich aller nicht verbrennbaren Rückstände in die Urne gibt,
 16. entgegen § 15 Absatz 1 ein Krematorium nicht vorschriftsgemäß betreibt, entgegen § 15 Absatz 2 das Einlieferungs- oder Einäscherungsverzeichnis nicht ordnungsgemäß führt oder entgegen § 15 Absatz 3 ein Krematorium ohne Genehmigung betreibt,
 17. entgegen § 16 eine Beisetzung außerhalb von Friedhöfen ohne Genehmigung der zuständigen Behörde vornimmt,
 18. entgegen § 24 Absatz 1 Satz 3 Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten zu gewerblichen Zwecken erwirbt oder nutzt,
 19. einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für bestimmte Tatbestände auf diese Vorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10000 Euro geahndet werden.

§ 36

Überleitungsvorschriften

(1) Die Anforderungen des § 7 gelten für Leichenhallen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes im Wege der Ausnahmegenehmigung nach § 6 Absatz 1 Satz 3 des Bestattungsgesetzes vom 14. September 1988 (HmbGVBl. S. 167), zuletzt geändert am 3. Juli 2018 (HmbGVBl. S. 217), zugelassen waren, ab dem 1. Januar 2021.

(2) Die Genehmigung für die Krematorien der Hamburger Friedhöfe – Anstalt öffentlichen Rechts – auf den Friedhöfen Ohlsdorf und Öjendorf gilt als erteilt.

(3) Für vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingetretene Todesfälle richten sich die Rechte und Pflichten von Angehörigen nach bisherigem Recht.

(4) Bei Grabstätten auf staatlichen Friedhöfen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Bestattung bestimmter Personen oder Personengruppen ohne zeitliche Begrenzung bis zur Beisetzung des letzten Berechtigten überlassen worden sind, erlischt das Nutzungsrecht mit Ablauf der Ruhezeit der zuletzt beigesetzten Leiche oder Urne. Hat auf einer solchen Grabstätte seit 1. April 1970 keine Beisetzung mehr stattgefunden und sind die Ruhezeiten sämtlicher beigesetzten Leichen oder Urnen abgelaufen, ist das Nutzungsrecht mit Ablauf des 31. Oktober 2001 erloschen. Die zuständige Behörde verlängert das Nutzungsrecht auf Antrag unentgeltlich, bis alle Berechtigten, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Gemeindefriedhöfe vom 1. November 1948 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 2134-a) auf der Grabstätte hätten beigesetzt werden können, beigesetzt worden sind und deren Ruhezeit abgelaufen ist.

(5) Bei Grabstätten auf staatlichen Friedhöfen, die vor dem 1. April 1970 auf begrenzte Zeit überlassen worden sind, ist das Nutzungsrecht mit Ablauf der Ruhezeit der zuletzt beigesetzten Leiche oder Urne, spätestens jedoch am 31. Dezember 1995 erloschen. Die zuständige Behörde verlängert das Nutzungsrecht auf Antrag unentgeltlich, soweit die weitere Überlassungszeit in den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 fällt.

(6) Bei Grabstätten nach Absatz 5 ist auf Antrag des Nutzungsberechtigten eine Änderung der Größe der Grabstätte zulässig.

§ 37

Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetzes wird das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) eingeschränkt.

§ 38

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des vierten auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft. Zum selben Zeitpunkt tritt das Bestattungsgesetz vom 14. September 1988 (HmbGVBl. S. 167) in der geltenden Fassung außer Kraft.

(2) Die Bestattungsverordnung vom 20. Dezember 1988 (HmbGVBl. S. 303), zuletzt geändert am 12. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 379), gilt als auf Grund von § 33 dieses Gesetzes erlassen.

Anlage 1

Staatliche Friedhöfe auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg

Name des Friedhofes	Belegenheit des Friedhofes
Friedhof Altenwerder*	21129 Hamburg, Altenwerder Querweg
Friedhof Altona	22525 Hamburg, Stadionstraße 5
Friedhof Bergedorf	21029 Hamburg, August-Bebel-Straße 200
Alter Friedhof Neugraben	21147 Hamburg, Neuwiedenthaler Straße
Heidefriedhof Neugraben	21149 Hamburg, Falkenbergsweg 155
Friedhof Finkenriek	21109 Hamburg, König-Georg-Deich 24
Alter Friedhof Finkenwerder	21129 Hamburg, Finkenwerder Landscheideweg
Neuer Friedhof Finkenwerder	21129 Hamburg, Finkenwerder Landscheideweg
Friedhof Fischbek	21149 Hamburg, Scheideholzweg
Friedhof Kirchdorf-Amtshof	21109 Hamburg, Kirchdorfer Straße
Friedhof Langenbek	21079 Hamburg, Langenbeker Friedhofsweg
Friedhof Ohlsdorf	22937 Hamburg, Fuhsbüttler Straße 756
Friedhof Öjendorf	22119 Hamburg, Manshardtstraße 200
Friedhof Volksdorf	22359 Hamburg, Duvenwischen 126
Waldfriedhof Wohldorf	22397 Hamburg, Ole Boomgaarden 2

*) Geschlossen seit 1. September 2018 und aufgehoben zum 31. Dezember 2033 gemäß § 1 des Gesetzes über die Schließung und Aufhebung des Friedhofs Altenwerder vom 3. Juli 2018 (HmbGVBl. S. 217)

Anlage 2

Kirchliche Friedhöfe auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg

A. Kirchenkreis Hamburg-Ost

Name des Friedhofs	Belegenheit des Friedhofes	Träger des Friedhofs
Friedhof Allermöhe-Reitbrook	21037 Hamburg, Allermöher Deich 99	Ev.-luth. Kirchengemeinde Moorfleet-Allermöhe-Reitbrook
Friedhof Altengamme	21039 Hamburg, Kirchenstegel 11	St. Nicolai zu Altengamme
Friedhof Bergstedt	22395 Hamburg, Volksdorfer Damm 261	Ev.-Luth. Kirchengemeindeverband Bergstedt
Friedhof Billwerder	22113 Hamburg, Billwerder Billdeich 142	Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Nikolai zu Hamburg-Billwerder a. d. Bille
Friedhof Bramfeld	22175 Hamburg, Berner Chaussee 50-56	Ev.-Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld
Neuer Friedhof Curslack	21039 Hamburg, Grashofweg	Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Curslack
Alter Friedhof Curslack	21039 Hamburg, Rieckweg 3	Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Curslack
Friedhof Finkenwerder (Lüneburger Friedhof)	21129 Hamburg, Kirchenaußendeichsweg 33	Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Nicolai zu Hamburg-Finkenwerder
Neuer Friedhof Harburg	21077 Hamburg, Bremer Straße 236	Ev.-luth. Gesamtverband Harburg
Friedhof Hinschenfelde	22047 Hamburg, Walddörferstraße 367	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Tonndorf
Friedhof Kirchdorf	21109 Hamburg, Kirchdorfer Straße 170	Ev.-luth. Kirchengemeinde Kirchdorf
Neuer Friedhof Kirchwerder	21037 Hamburg, Fersenweg	Kirchengemeinde Kirchwerder
Alter Friedhof Kirchwerder	21037 Hamburg, Kirchenheerweg	Kirchengemeinde Kirchwerder
Friedhof Moorburg	21079 Hamburg, Nehusweg	Kirchengemeinde Moorburg

Friedhof Moorfleet	22113 Hamburg, Moorfleeter Kirchenweg 64	Ev.-luth. Kirchengemeinde Moorfleet-Allermöhe-Reitbrook
Friedhof Neuenfelde	21129 Hamburg, Organistenweg 7	Ev.-luth. St. Pankratius-Kirchen- gemeinde in Hamburg-Neuenfelde
Friedhof Neuengamme	21039 Hamburg, Feldstegel 18	Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme
Friedhof Ochsenwerder	21037 Hamburg, Alter Kirchdeich 8	Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Pankratius Ochsenwerder
Friedhof Rahlstedt	22149 Hamburg, Am Friedhof 11	Ev.-Luth. Kirchengemeindeverband Rahlstedt
Friedhof Schiffbek	22119 Hamburg, Schiffbeker Weg 144	Ev.-Luth. Kirchengemeinde in Schiffbek und Öjendorf
Friedhof Sinstorf	21077 Hamburg, Sinstorfer Kirchweg 23	Ev.-luth. Kirchengemeinde Sinstorf
Neuer Friedhof Steinbek	22117 Hamburg, Brockhausweg 9	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Kirche in Steinbek
Alter Friedhof Steinbek	22115 Hamburg, Steinbeker Berg 3	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Kirche in Steinbek
Friedhof Tonndorf	22045 Hamburg, Ahrensburger Straße 188	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Tonndorf
Alter Friedhof Wandsbek	22041 Hamburg, Kirchhofstraße 14	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Tonndorf
Friedhof Wilstorf	21077 Hamburg, Am Frankenberg	Ev.-luth. Gesamtverband Harburg

B. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein

Friedhof Altona – Bernadottestraße	22763 Hamburg, Bernadottestraße 32	Ev.-Luth. Kirchengemeindeverband Altona
Friedhof Altona – Bornkamp	22761 Hamburg, Ruhrstraße 103	Ev.-Luth. Kirchengemeindeverband Altona
Friedhof Altona – Diebsteich	22761 Hamburg, Am Diebsteich 4	Ev.-Luth. Kirchengemeindeverband Altona
Friedhof Altona – Holstenkamp	22525 Hamburg, Holstenkamp 91	Ev.-Luth. Kirchengemeindeverband Altona
Friedhof Blankenese	22589 Hamburg, Sülldorfer Kirchenweg 151	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Blankenese
Friedhof Eidelstedt	22527 Hamburg, Eidelstedter Dorfstraße 27	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Eidelstedt
Friedhof Groß Flottbek	22607 Hamburg, Stiller Weg 28	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Bugenhagen-Groß Flottbek
Friedhof Niendorf	22453 Hamburg, Promenadenstraße 8	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Niendorf
Friedhof Nienstedten	22609 Hamburg, Nienstedtener Marktplatz 19 a	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Nienstedten
Friedhof Stellingen	22525 Hamburg, Molkenbuhrstraße 6	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Stellingen

C. Andere Friedhöfe

Mennonitenfriedhof	22769 Hamburg, Mennonitenstraße	Mennonitengemeinde zu Hamburg und Altona
Jüdischer Friedhof	22337 Hamburg, Ilandkoppel	Jüdische Gemeinde in Hamburg

Begründung

Allgemeiner Teil

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll das Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (Bestattungsgesetz) vom 14. September 1988 abgelöst werden. Unverändert ist das Gesetz in fünf Abschnitte und zwei Anhänge gegliedert. Der Abschnitt 1 (Leichenwesen) übernimmt die §§ 1 bis 5 des bisherigen Gesetzes mit einer Ausnahme in § 3 Absatz 5 inhaltlich unverändert. Die Vorschriften über die Überführung und Aufbewahrung von Leichen werden in einem neuen § 6 zusammengefasst. § 7 enthält die neuen Bestimmungen zu Leichenhallen.

Im Abschnitt 2 (Bestattungswesen) ist wegen des Zusammenhangs mit den dort geregelten Bestattungspflichten jetzt die überarbeitete Liste der bestattungspflichtigen Angehörigen enthalten. Weiterhin finden sich hier die ergänzten Regelungen über Kremierung, Beisetzung und Friedhofspflicht.

Im Abschnitt 3 (Staatliches Friedhofswesen) werden Widmung, Schließung, Aufhebung und Entwidmung sowie Verwaltung von Friedhöfen neu gefasst und der Regelungsinhalt systematisiert. Die Bestimmungen über den Friedhofszweck sind neu geregelt und durch Genehmigungstatbestände für eine erweiterte Nutzung ergänzt. Die Zulassungsvorschriften für Gewerbetreibende auf den Friedhöfen entfallen. Es erfolgen Anpassungen an das seit 2013 geltende Denkmalschutzrecht sowie eine Ausdehnung von Grabpflegepflichten auf Reihengräber. Neu ist die Möglichkeit Flächen für Grabstätten auszuweisen, auf denen Urnen mit der Asche eines Haustieres beigegeben werden können.

Der Abschnitt 4 (Kirchliche Friedhöfe) bleibt unverändert.

Der Abschnitt 5 (Verordnungsermächtigungen, Überwachung, Überleitungs- und Schlussvorschriften) wird um neue Verordnungsermächtigungen für Anforderungen an Leichenhallen und Krematorien sowie für Vorschriften über die Herkunft von Grabsteinen ergänzt; Bußgeldtatbestände werden angepasst, Überleitungsregelungen eingeführt und eine allgemeine Überwachungs- und Eingriffsnorm geschaffen.

Einzelbegründung

Zu §§ 1 bis 5

Diese Vorschriften enthalten gegenüber den §§ 1 bis 5 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (Bestattungsgesetz) vom 14. September 1988, zuletzt geändert am 3. Juli 2018 (HmbGVBl. S. 217), redaktionelle Änderungen sowie

datenschutzrechtliche Anpassungen; ansonsten werden die Regelungen unverändert fortgeschrieben. Insofern wird auf die Begründung in der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 5. April 1988 (Drucksache 13/1465) verwiesen. Hinsichtlich der Änderung des § 3 vom 07. Juni 1994 (HmbGVBl. S. 175) wird auf die Begründung in der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 26. Oktober 1993 (Drucksache 15/47), hinsichtlich der Änderung der §§ 1 und 3 vom 30. Januar 2001 (HmbGVBl. S. 18) auf die Mitteilung an die Bürgerschaft vom 11. April 2000 (Drucksache 16/4117) hingewiesen.

Die Begründung zu den Bestimmungen in § 3 über die Todesbescheinigung ist aus datenschutzrechtlicher Sicht hinsichtlich Absatz 1 Nr. 4 (Namen der zuletzt behandelnden Ärzte) dahingehend zu ergänzen, dass diese Angaben für eventuelle Rückfragen erforderlich sind.

In Absatz 3 Satz 1 ist klarzustellen, dass die Todesbescheinigung der sezierenden Ärztin oder des sezierenden Arztes je nach Sterbeort entweder durch die Bestatterin oder den Bestatter oder das Krankenhauspersonal zusammen mit der Leiche ausgehändigt wird.

Eine Änderung ist in § 3 Absatz 5 erforderlich. Da Todesbescheinigungen auch das persönliche Umfeld einer verstorbenen Person betreffende sensible Daten, etwa über eventuelle Erb- oder Infektionskrankheiten enthalten können, ist in § 3 Absatz 5 aufzunehmen, dass auch Beeinträchtigungen der schutzwürdigen Belange dritter Personen, also etwa der Kinder oder Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner neben denen der verstorbenen Person einer Auskunft- und Einsichtserteilung entgegenstehen.

Im Übrigen entfaltet § 3 Absatz 5 eine Sperrwirkung i.S. eines Verbots der Anwendung des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG). Dies wird entsprechend § 9 Absatz 1 HmbTG zur Klarstellung ausdrücklich im Gesetz geregelt.

Die Aufbewahrungsfrist für Todesbescheinigungen wird unter Berücksichtigung deliktsrechtlicher Verjährungsfristen auf 30 Jahre festgelegt.

Auf gesetzliche Änderungsvorschläge zur Einführung einer Trennung von Todesfeststellung und qualifizierter Leichenschau wurde bewusst verzichtet, da gemäß dem Beschluss der Bürgerschaft (Drucksache 21/13675) zunächst das Ergebnis der Evaluation der bremischen Regelungen abgewartet und der Senat der Bürgerschaft hierzu im 4. Quartal 2019 berichten soll.

Zu § 6 (Überführung und Aufbewahrung von Leichen)

In § 6 werden Überführung und Aufbewahrung von Leichen geregelt.

Nach dem Tod ist die oder der Verstorbene wie bisher unverzüglich, spätestens jedoch nach 36 Stunden in eine Leichenhalle zu überführen. Als Leichenhalle waren bisher jedoch die „öffentlichen“ Leichenhallen, d. h. die staatlichen und kirchlichen Leichenhallen oder Leichenaufbewahrungsräume, sowie die Leichenaufbewahrungsräume bestimmter Institutionen wie z. B. der Krankenhäuser und der Rechtsmedizin zugelassen. Insbesondere Leichenhallen von Bestattungsunternehmen waren damit ausgeschlossen. Seit einem Urteil des OVG Hamburg vom 2. Juni 2006 (1 Bf 422/05) ist dieser Ausschluss unzulässig. Seither dürfen Bestatter selbst eine Leichenhalle betreiben, wie dies auch in vielen anderen Bundesländern möglich ist. Die Neufassung von Absatz 1 trägt dem Rechnung.

Absatz 1 Satz 1 soll ferner unnötige Leichentransporte verhindern und stellt sicher, dass der oder die Verstorbene nicht ohne Wissen der Angehörigen zu einer vom Sterbe- und Bestattungsort weit entfernten Leichenhalle verbracht wird. Da Menschen aber vielfach ohne Angehörige versterben und die Bestattung in solchen Fällen durch die öffentliche Hand erfolgt, regelt Satz 1 zusätzlich, dass die oder der Verstorbene in eine öffentliche d. h. in eine staatliche oder kirchliche Leichenhalle bzw. in eine solche der Krankenhäuser oder der Rechtsmedizin (§ 7 Absatz 4) überführt wird, um eine Beisetzung auf Staatskosten kosteneffektiv vorzubereiten.

Absatz 2 regelt, dass die zuständige Behörde die Überführung der Leiche auf Kosten der Bestattungspflichtigen veranlasst, wenn diese nicht tätig werden. Gleiches gilt für die Aufbewahrung der Leiche in der Leichenhalle. Bestattungspflichtig sind gemäß § 10 Absatz 1 Satz 3 die Angehörigen gemäß § 11.

Absatz 3 entspricht dem bisherigen § 6 Absatz 2 und regelt die Kennzeichnung und Sargöffnung bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine meldepflichtige oder übertragbare Erkrankung der oder des Verstorbenen.

Zu § 7 (Leichenhallen)

Die neue Vorschrift enthält die mit Blick auf gewerblich betriebene Leichenhallen notwendig gewordenen Regelungen. Unter Leichenhallen sind Leichenaufbewahrungsräume oder Räumlichkeiten zu verstehen, die neben der Möglichkeit der Bestattungsvorbereitung auch der Aufbewahrung von Leichen dienen. Zusätzlich zu den in Absatz 1 Satz 2 genannten allgemeinen Anforderungen an Leichenhallen unterliegen die Räume zur Aufbewahrung von Leichen besonderen hygienischen Anforderungen, die sich

ergänzend zu den in Absatz 1 genannten Anforderungen u. a. aus den einschlägigen Informationen der Deutschen Gesellschaft für Unfallversicherung über Biologische Arbeitsstoffe beim Umgang mit Verstorbenen (DGUV 214-021) ergeben.

Absatz 2 regelt die der Betreiberin oder dem Betreiber obliegenden Dokumentationspflichten; sie sind erforderlich um den Verbleib von Verstorbenen jederzeit nachvollziehen zu können. Die Dauer der Aufbewahrung der Unterlagen orientiert sich an den Verjährungsfristen von Straftaten, die sich gegen Verstorbene richten. Mit der Beschränkung der Speicherung auf den unbedingt erforderlichen Zeitraum werden datenschutzrechtliche Mindestanforderungen fachrechtlich konkretisiert. Eine Beseitigungspflicht wird nicht vorgegeben, da diese Daten anderen, etwa steuerrechtlichen oder wirtschaftsrechtlichen Aufbewahrungsfristen unterliegen können.

Absatz 3 regelt die Genehmigungspflicht für Leichenhallen, soweit diese Kühleinrichtungen vorsehen. Die Genehmigung ist zu versagen oder kann widerrufen werden, wenn die gesetzlichen Vorschriften für Errichtung und Betrieb der Leichenhalle nicht eingehalten werden. Durch diese Vorschriften werden die Einhaltung der hygienischen, friedhofs- und bestattungsrechtlichen Anforderungen sowie ein pietätvoller Umgang mit Verstorbenen sichergestellt. Räume, die ausschließlich der Vorbereitung von Verstorbenen zum Zwecke der Bestattung dienen, werden von der Genehmigungspflicht nicht erfasst. Diese erstreckt sich ausschließlich auf Räume im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 3.

Die Überleitungsregelung in § 36 gewährt bereits vorhandenen privaten Leichenhallen eine angemessene Frist für etwa erforderliche Anpassungen an die Anforderungen der Neuregelung.

Absatz 4 enthält die Definition der öffentlichen Leichenhallen. Dies sind die Leichenhallen der staatlichen und kirchlichen Friedhöfe sowie die der Krankenhäuser und der Rechtsmedizin. Bei diesen erübrigt sich -auch soweit sie nicht staatlich betrieben werden- eine gesonderte Genehmigung, da die Anforderungen für Errichtung und Betrieb einer Leichenhalle bereits mit der Zulassung bzw. der laufenden Überwachung des Krankenhausbetriebes als gegeben zu erachten sind. Die Errichtungs- und Betriebspflichten nach Absätzen 1 und 2 gelten auch für die öffentlichen Leichenhallen.

Zu § 8 (Beförderung von Leichen)

Diese Vorschrift regelt wie bisher die Anforderungen an die Beförderung von Leichen. Nach Absatz 1 darf diese im Straßenverkehr nur in Leichenwagen, die den genannten Anforderungen entsprechen, erfolgen. Ein Verstoß ist gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 12 bußgeld-

beweht. Daneben enthält die DIN 75081 einschlägige Empfehlungen für die Ausstattung von Leichenfahrzeugen. Wie auch die übrigen Einrichtungen des Leichen- und Bestattungswesens unterliegen auch die Leichenwagen der hygienischen Überwachung nach dem Hamburgischen Gesundheitsdienstgesetz vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S 201), zuletzt geändert am 17. April 2018 (HmbGVBl. S. 103, 106).

Absatz 2 enthält spezielle Anforderungen für die Beförderung von Leichen in die Freie und Hansestadt Hamburg oder aus der Stadt an einen anderen Ort.

Zu § 9 (Ausgrabung von Leichen)

Die Vorschrift entspricht bisherigem Recht.

Zu § 10 (Bestattungspflicht)

Absatz 1 begründet wie bisher die öffentlich-rechtliche Pflicht der Angehörigen, für die Bestattung zu sorgen. Abweichend von Satz 1 i. V. m. § 1 Satz 3 gilt die Bestattungspflicht nicht für Totgeborene bis zu einem Gewicht unter 1000 Gramm. Wie bisher bleibt es der elterlichen Entscheidung überlassen, ob diese bestattet werden. Entsprechendes gilt für Fehlgeburten, d.h. Totgeborene mit einem Gewicht unter 500 Gramm.

Satz 4 betrifft insbesondere die behördlich veranlassten Bestattungen, also jene Fälle, in denen sich nicht Angehörige oder Freunde um den Todesfall kümmern. Die Betreiberinnen oder Betreiber von Leichenhallen werden nunmehr verpflichtet, der zuständigen Behörde nach Ablauf von 10 Tagen ab Einlieferung einer Leiche hiervon Mitteilung zu machen. Die Behörde soll dann umgehend die Bestattung, in der Regel in einer Reihengrabstätte, vornehmen lassen. Diese Regelung ist erforderlich um zu vermeiden, dass Verstorbene sehr lange unbestattet bleiben.

Wie schon bisher erfolgt diese behördliche Maßnahme auf Kosten der Angehörigen, wobei Absatz 2 nunmehr ausdrücklich regelt, dass Angehörige einer Rangfolge als Gesamtschuldner haften.

Die Absätze 3 bis 5 entsprechen den bisherigen Regelungen.

Zu § 11 (Angehörige)

Die Liste der Angehörigen, die die Bestattungspflicht trifft und denen ein mögliches Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte (§ 24 Absatz 3) zu übertragen ist, ist gegenüber der bisherigen Regelung gekürzt. Der Kreis der Bestattungspflichtigen wird auf Ehegatten bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner, Kinder, Eltern, Geschwister und Enkel beschränkt, da sich die Heranziehung weiter entfernter Angehöriger in der Vergangenheit trotz erheblichen Ermittlungsaufwandes zumeist als fruchtlos erwiesen hat.

Die Heranziehung der Pflichtigen ist jetzt in § 10 Absatz 2, die Rangfolge für die Übertragung von Nutzungsrechten an einer Wahlgrabstätte in § 24 Absatz 3 geregelt.

Die Neuregelung der Angehörigenliste greift nach der Übergangsregelung in § 36 Absatz 3 nicht für Todesfälle, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eingetreten sind.

Zu § 12 (Bestattungsart)

Die Vorschrift gibt wie bisher als Bestattungsart die Erd- oder Feuerbestattung vor. Aus Gründen sprachlicher Klarheit wird die Pflicht zur Beisetzung von Särgen, Leichentüchern und Urnen ausdrücklich benannt. Weiterhin wird klargestellt, dass behördlich veranlasste Bestattungen nur dann anonym oder als Seebestattung durchgeführt werden, wenn ein solcher Wunsch von der verstorbenen Person zu Lebzeiten schriftlich festgehalten wurde.

Zu § 13 (Zulässigkeit der Bestattung)

Die Regelung entspricht weitgehend geltendem Recht.

In Absatz 1 wird neu eine personenstandsrechtliche Regelung nachvollzogen. Mit dem Wegfall des § 39 Personenstandsgesetz (aufgehoben durch Artikel 5 G. v. 19. Februar 2007 BGBl. I S. 122) ist der Vermerk der Eintragung in das Sterbeprotokoll als bisherige personenstandsrechtliche Voraussetzung für Bestattungen entfallen und somit auch an dieser Stelle entbehrlich. Ausreichende Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Bestattung ist nunmehr auch eine Bescheinigung des zuständigen Standesamtes darüber, dass der Personenstandsfall angezeigt wurde, aber noch nicht beurkundet werden konnte.

In Absatz 2 wird eine Verweisung auf § 14 eingefügt um klarzustellen, dass dort über § 13 hinaus weitere Voraussetzungen für eine zulässige Feuerbestattung geregelt sind. Ansonsten werden die bisherigen Regelungen übernommen.

Zu § 14 (Feuerbestattung)

Absatz 1 stellt sicher, dass Einäscherungen nur in dafür geeigneten und besonders behördlich zugelassenen Feuerbestattungsanlagen (Krematorien) vorgenommen werden dürfen (§ 15).

Absatz 2 wird an die Privatisierung des Krematoriumsbetriebs angepasst; die geltende Pflicht der HF – AöR –, die Asche des Verstorbenen in eine Urne aufzunehmen und zu verschließen, wird Pflicht der Krematoriumsbetreiberin oder des Krematoriumsbetreibers. Zusätzlich reagiert der Entwurf auf die unter dem Begriff „Zahngolddiebstahl“ bekannt gewordenen Vorkommnisse in Krematorien, indem er nunmehr ausdrücklich gesetzlich vorschreibt, dass sämtliche,

auch die nicht verbrennbaren Rückstände einschließlich der werthaltigen Verbrennungsrückstände mit in die Urne aufzunehmen und mit ihr beizusetzen sind. Das entspricht sowohl der Entscheidung des Landgerichts Hamburg (LG Hamburg, Urteil vom 18. Juni 2014, – 2 Ss 4/15 –) in der das Gericht betonte, dass das Gold Bestandteil der Asche ist, wie auch dem auf die Revision gegen dieses Urteil ergangenen Beschluss des BGH vom 30. Juni 2015 (5 StR 71/15, BGHSt 60, 302-303).

Absätze 3 und 4 enthalten Regelungen zu Beförderung und Versand von Urnen. In Absatz 4 wird klar gestellt, dass sich die bei einem Versand von Urnen geltenden Anforderungen an die Beisetzungsmöglichkeiten nach dem Recht des Bestimmungsortes richten.

Art und Weise der Beisetzung werden im neu gefassten § 16 geregelt.

Zu § 15 (Krematorien)

Die Zulassung privatwirtschaftlich betriebener Krematorien erfordert eine genauere Regelung der bestattungsrechtlichen Anforderungen an deren Errichtung und Betrieb, wie sie auch in anderen Bundesländern mit gewerblich betriebenen Einäscherungsanlagen zu finden sind (z. B. Schleswig-Holstein, Brandenburg). Der neu eingefügte Paragraph regelt die Anforderungen des Gesetzgebers an Krematorien. Nach Absatz 1 sind neben den bestattungsrechtlichen auch die gesundheits- und immissionsschutzrechtlichen Anforderungen einzuhalten; letztere sind in der 27. Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung – 27.BImSchV – geregelt. Bestattungsrechtliche Versagungs- oder Widerrufsgründe liegen vor, wenn kein würdiger Umgang mit den Verstorbenen sichergestellt ist, gesundheitliche Gefahren drohen oder den weiteren Anforderungen dieses Gesetzes nicht entsprochen wird. Dazu gehören die personelle und räumliche Ausstattung des Krematoriums sowie die Dokumentationspflichten (Absatz 2).

Weiterhin lässt die Regelung als mögliche Standorte für Krematorien ausschließlich Friedhöfe zu. Das Gesetz schreibt damit einen pietätvollen Standort vor und folgt insoweit u. a. einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Februar 2012 (BVerwG 4 C 14/10), die für Bestattungen ein würdevolles und kontemplatives Umfeld gefordert hat. Angesichts der Besiedlungsdichte des Stadtstaates Hamburg ist dies nur auf Friedhöfen gewährleistet.

Die Führung und Aufbewahrung des Einlieferungs- und des Einäscherungsverzeichnisses (Absatz 2) ist für die Nachvollziehbarkeit des Sterbefalls bis zur Beisetzung erforderlich. Es muss jederzeit festgestellt werden können, um wessen Asche es sich handelt bzw. wo die Asche einer oder eines Verstorbenen auf-

bewahrt wird. Auch muss das Krematorium nachweisen können, an wen die Urne herausgegeben bzw. an welchen Ort (Friedhof/ Seebestattung) die Asche zur Bestattung versandt wurde.

Die kurze Aufbewahrungsfrist für die Daten des Einlieferungs- und Einäscherungsverzeichnisses bestimmt sich nach der bestattungsrechtlichen Erforderlichkeit der Nachvollziehbarkeit des Einäscherungsvorganges. Eine Pflicht zur Datenlöschung wird nicht vorgegeben, da diese Daten auch anderen, etwa steuerrechtlichen oder wirtschaftsrechtlichen Aufbewahrungsfristen unterliegen können.

Absatz 3 macht die Errichtung und den Betriebs von einer vorherigen Genehmigung der Behörde abhängig, um die Einhaltung bestattungsrechtlicher Anforderungen vor Aufnahme des Betriebs sicherzustellen.

Die bestattungsrechtliche Genehmigung umfasst nicht notwendige weitere Verfahren, insbesondere nicht die baurechtliche Genehmigung.

Zu § 16 (Beisetzung)

Wie bisher bleiben Beisetzungen außerhalb staatlicher und kirchlicher Friedhöfe grundsätzlich unzulässig; das gilt auch für Urnen. Verzichtet wird indes auf den Begriff „Friedhofszwang“, der nicht mehr zeitgemäß ist.

Neben der herkömmlichen Erdbestattung hat sich die Feuerbestattung mit Urnenbeisetzung seit Erlass des Bestattungsgesetzes 1988 zu einer gleichberechtigten Bestattungsform entwickelt. Die Nachfrage nach Beisetzungen von Urnen in Kolumbarien hat zugenommen. Ausdrücklich zugelassen wird die Aufstellung von Urnen in Mausoleen. Das hat seinen Grund zum einen in der steigenden Nachfrage, zum anderen in dem Umstand, dass historische und denkmalgeschützte Mausoleen vorhanden sind und durch Nutzung auch erhalten werden können.

Absatz 1 stellt weiterhin klar, dass auch Anlagen zur gemeinsamen Aufstellung einer Vielzahl von Urnen nur auf Friedhöfen zulässig sind. Ebenfalls unverändert besteht die Möglichkeit behördlicher Ausnahmen in besonderen Einzelfällen.

Absatz 2 regelt die Seebestattung als eine gesetzlich zugelassene Ausnahme zu Beisetzungen auf Friedhöfen. Die bestattungsrechtlichen Anforderungen werden auch dahingehend gelockert, dass das Entgegenstehen anderer Rechtsvorschriften nicht mehr geprüft wird. Wie bisher haben Angehörige und Bestattungsunternehmen jedoch zu beachten, dass diese Bestattungsform dem Wunsch des oder der Verstorbenen entsprechen muss. Unverändert ausgeschlossen bleiben Beisetzungen in Binnengewässern, z. B. in der Elbe.

Absatz 3 übernimmt mit Änderungen die bisherigen Regelungen zum behördlichen Vorgehen, wenn eine Urne nicht beigesetzt wird. Bisher lag die Beisetzung der Urne im Wege der Ersatzvornahme im Ermessen der Behörde. Die Neufassung als „Soll“-Regelung vermeidet künftig, dass Urnen über sehr lange Zeiträume im Krematorium oder bei Bestatterinnen oder Bestattern stehen, ohne dass es zur Beisetzung kommt. Um sicherzustellen, dass derartige Fälle der Behörde zur Kenntnis gelangen, wird eine Informationspflicht eingeführt, die sich an jedermann, praktisch aber vor allem an Krematoriumsbetreiberinnen oder Krematoriumsbetreiber und Bestatterinnen oder Bestatter richtet. Wie schon bisher führt die Behörde die Beisetzung in diesen Fällen auf Kosten der Angehörigen durch, wobei auch hier alle Angehörigen in Anspruch genommen werden können.

Zu § 17 (Geltungsbereich)

Die Geltung des Dritten Abschnitts ist wie bisher auf die staatlichen Friedhöfe beschränkt, da die kirchlichen Friedhöfe in den hier geregelten Bereichen eigenem Recht unterliegen.

Zu § 18 (Widmung, Schließung)

Die Regelungen über Widmung, Schließung und Aufhebung von Friedhöfen werden an dieser Stelle zusammengefasst. Da es sich bei der Aufhebung um einen Entwidmungsakt handelt, soll dieser künftig auch so genannt werden. Die bestehenden Friedhöfe ergeben sich aus der Anlage 1. Anders als bisher erfordert die Widmung eines neuen Friedhofs einen Bürgerschaftsbeschluss. Die Entwidmung -bisher Aufhebung- erfolgt ebenfalls durch einen Beschluss der Bürgerschaft über die Streichung aus der Anlage 1.

Da auch ein Friedhof, auf dem nicht mehr bestattet wird (geschlossener Friedhof), der aber noch nicht entwidmet ist, weiterhin den friedhofsrechtlichen Bestimmungen unterliegt, ist auch dieser in der Anlage 1 aufzuführen. Die Überschrift der Anlage 1 ist entsprechend zu ändern (siehe dort).

Die Absätze 3 und 4 entsprechen den bewährten Vorschriften des bisherigen Rechts. So bleibt es in Absatz 4 auch bei der bisherigen Kostenübernahmeregelung.

Zu § 19 (Verwaltung, vorübergehende Sperrung, Haftung)

Die Vorschriften über die Verwaltung der Friedhöfe sowie die Rechte und Pflichten der zuständigen Behörde sind an dieser Stelle zusammengefasst.

In Absatz 1 wird die Vorschrift über die Buchführungs- und Dokumentationspflichten der Friedhöfe gemäß Artikel 6 Absatz 1 c) und e) i.V.m. Absatz 3 b) der Datenschutzgrundverordnung ergänzt um eine Ermächtigung zur Verarbeitung der Daten.

In Absatz 2 wird gegenüber dem Bestattungsgesetz 1988 die zu berücksichtigende Zielsetzung der Gartendenkmalpflege um die des Ensembleschutzes erweitert. Mit der bisherigen Regelung wurde die Friedhofsverwaltung verpflichtet, sich den zahlreich vorhandenen Zeugnissen einer bedeutsamen Friedhofs- und Denkmalkultur in Form von Parkpflegewerken zu widmen. Mit Erlass des Denkmalschutzgesetzes vom 5. April 2013 (HmbGVBl. S. 142) können Friedhöfe neben Gartendenkmälern auch Ensembles sein oder einzelne Baudenkmäler enthalten. Dieses ist bei der Unterhaltung in angemessenem Umfang zu beachten.

Absatz 3 entspricht der bisherigen Regelung. Der Ausschluss von Obhutspflichten für einzelne Grabstätten bedeutet keine Einschränkung der Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflichten der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. der Hamburger Friedhöfe.

Absatz 4 ermächtigt wie bisher die zuständige Behörde, zur Abwendung von Gefahren, die etwa aus Bränden, Eisglätte oder Sturmschäden resultieren, den Friedhof ganz oder teilweise zu sperren.

Zu § 20 (Friedhofszeit)

Die für die Nutzung des Friedhofs maßgebliche Bestimmung des Friedhofszeit wird neu gefasst.

Ein verändertes gesellschaftliches Verständnis von Totengedenken und eine erweiterte Funktion der Friedhöfe insbesondere in einer Großstadt machen eine Überarbeitung der Regelung des Friedhofszeit erforderlich. Hierbei ist dem Bedürfnis nach vielfältigeren Formen der Bestattung und des individuellen Trauerns ebenso Rechnung zu tragen wie der kollektiven Erinnerung und Würdigung Verstorbener.

Friedhöfe sind heute Orte vielfältiger Begehungs- und Begegnungsformen; sie dienen der Erholung der Bevölkerung (Absatz 2) und können dem sich wandelnden Verhältnis der Gesellschaft zu Tod und Sterben einen angemessenen Rahmen bieten sowie den Abbau von Tabus und Berührungsängsten fördern. Angesichts der hohen Kosten für den Erhalt der teils denkmalgeschützten Gebäudesubstanz auf Friedhöfen und das öffentlichen Vorhalten – mindestens vorübergehend- ungenutzter Flächen, sind erweiterte Nutzungen wünschenswert. Diese werden mit den Regeln in den Absätzen 3 und 4 in angemessenem Rahmen eröffnet. Der Genehmigungsvorbehalt für andere Nutzungen (Absatz 3) stellt dabei sicher, dass diese den Friedhofszeit (Absatz 1) und die Erholungsfunktion (Absatz 2) nicht beeinträchtigen.

Zukünftig sollen Nutzungen wie die von Kapellen für Ausstellungen, Konzerte, Führungen und sonstige Kulturveranstaltungen, für Seminare, als Begegnungsstätten, als soziale Einrichtungen (z. B. als Kin-

dertagesstätte) oder solche der Gastronomie oder Feierlichkeiten aus jahreszeitlichen Anlässen oder Anlässen des Gedenkens nicht mehr schon aus bestattungsrechtlichen Gründen grundsätzlich unzulässig sein.

Zu § 21 (Bestattungsgebräuche)

Die Überschrift wird zugunsten eines weiten, auch säkularen Verständnisses umformuliert.

Zu § 22 (Gewerbtreibende)

Absatz 1 stellt klar, dass auf den Friedhöfen grundsätzlich nur Tätigkeiten ausgeübt werden dürfen, die dem Friedhofszweck entsprechen.

Absatz 2 stellt klar, dass auch diese Betätigung auf den Friedhöfen untersagt werden kann, wenn gegen bestattungsrechtliche Bestimmungen verstoßen wird (Absatz 2).

Zu § 23 (Grabstätten)

In Absatz 1 wird zur Verdeutlichung der Rechtslage der Hinweis aufgenommen, dass an Grabstätten kein Eigentumserwerb stattfindet. Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers; sie werden nur für die Dauer der Ruhezeit bzw. die Dauer der Überlassungszeit zur Nutzung vergeben.

Mit der Regelung in Absatz 6 wird neu die Möglichkeit geschaffen, Grabfelder auszuweisen, auf denen eine Urne mit den Ascheresten eines verstorbenen Haustieres einem Grab mit beigegeben werden kann. Damit kommt der Gesetzgeber den vermehrt geäußerten Wünschen nach einer gemeinsamen Bestattung mit einem Haustier nach.

Im Übrigen kann es bei den bisherigen Bestimmungen bleiben, da mit den Reihen- und Wahlgrabstätten auch Bestattungsformen wie Natur-, Baum- oder anonyme Bestattungen erfasst sind.

Zu § 24 (Wahlgrabstätten)

Die Absätze 1 bis 7 entsprechen weitgehend den bisherigen Regelungen.

Ergänzend wird in Absatz 1 Satz 3 ein ausdrückliches Verbot des Erwerbs und der Nutzung von Wahlgrabstätten für gewerbliche Zwecke eingeführt. Ein Verstoß wird als Ordnungswidrigkeit bußgeldbewehrt.

Der bisher im Rahmen der Regelung über Wahlgrabstätten enthaltene Angehörigenkatalog findet sich jetzt im Abschnitt 2 (§ 11). Die Reihenfolge der Heranziehung bei mehreren Angehörigen einer Rangfolge wird in Absatz 3 Sätze 3 und 4 geregelt.

Zu § 25 (Gestaltung der Grabstätten)

Absatz 1 Satz 4 stellt ergänzend zu der bisherigen Regelung klar, dass Pflege- und Gestaltungsvor-

schriften des jeweiligen Friedhofs zu berücksichtigen sind und diese auch für Reihengräber gelten.

Zu § 26 (Grabmale)

Die Vorschrift entspricht bisherigem Recht.

Zu den bei der Erteilung von Genehmigungen heranzuziehenden Bestimmungen gehört auch die „Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen der Deutschen Naturstein Akademie e.V. (TA Grabmal)“ sowie die „Anleitung zur Standsicherheitsprüfung von Grabmalen“ des Verbandes der Friedhofsverwalter Deutschlands e.V., in denen für Planung, Ausführung, Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabanlagen Verfahren und Maßstäbe festgelegt sind.

Die Ermächtigung der zuständigen Behörde in Absatz 3 dient dem Erhalt historisch und kulturell wertvoller Grabstätten und Grabmäler auch soweit diese nicht denkmalschutzrechtlich festgesetzt worden sind. Das Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 5. April 2013 bleibt ebenso unberührt wie baurechtliche Regelungen bzgl. der Mausoleen.

Zu § 27 (Grabpflege)

Die Regelungen zur Grabpflege entsprechen der bisherigen Rechtslage.

Zu § 28 (Ruhezeit)

Die bisherige Rechtslage hinsichtlich der Ruhezeiten wird fortgeschrieben.

Zu § 29 (Umbettung)

Mit der Einfügung des neuen Absatzes 5 berücksichtigt der Senat die Empfehlung des Eingabenausschusses im Fall einer Bürgerin, die die Urne ihres verstorbenen Ehemannes umbetten ließ. Vier Jahre zuvor hatte sie die Urne in einer Wahlgrabstätte beisetzen lassen und das Nutzungsrecht an diesem Grab für die üblichen 25 Jahre erworben. Nach der Umbettung beantragte sie die anteilige Rückzahlung der Gebühren für die nicht mehr genutzte Grabstätte. Dies sieht das Gesetz bisher nicht vor. Der Eingabenausschuss empfahl, eine entsprechende Vorschrift im Bestattungsgesetz aufzunehmen.

Die Voraussetzungen für eine Wiederbelegung nach Umbettung schließen die Entfernung des Grabmals samt Fundament ein.

Im Übrigen bleibt die bisher geltende Rechtslage unverändert erhalten.

Zu § 30 (Verlängerung des Nutzungsrechts)

Diese Vorschriften entsprechen dem bisherigen Recht.

Zu § 31 (Ablauf von Rechten)

Die Änderung trägt der Neuausrichtung des Denkmalschutzes durch das neue Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 5. April 2013 Rechnung und sichert für die Zukunft durch ein einfaches Verfahren das frühe Erkennen denkmalrechtlicher Handlungsbedarfe.

Im Interesse der Handlungssicherheit der Friedhofsverwaltungen sowie der Rechtssicherheit der Eigentümer oder Eigentümerinnen der Grabstätte ist es auch im Falle der Eintragung eines Friedhofs als Ensemble oder Gartendenkmal in der Denkmalliste erforderlich, die Denkmaleigenschaft einzelner Grabstätten vor einer etwaigen Herausgabe an den Eigentümer zu überprüfen. Daher ist vor der Aushändigung oder dem Abräumen von Grabmalen oder Grabgegenständen einer Grabstätte, für die von der für den Friedhof zuständigen Behörde das Vorliegen von Denkmalschutz vermutet wird, zunächst die Zustimmung der für den Denkmalschutz zuständigen Behörde zu beantragen (Absatz 2). Grabstätten oder Grabmale, deren Denkmaleigenschaft bereits festgestellt ist oder die in einer gemeinsam von der Behörde für Kultur und Medien und der Behörde für Umwelt und Energie geführten Liste aufgeführt sind, sind von dieser erst mit Inkrafttreten des Gesetzes wirkenden Regelung nicht betroffen.

Über die Zustimmung hat die für den Denkmalschutz zuständige Behörde innerhalb eines Jahres zu entscheiden. Wird sie verweigert, ist die Grabstätte oder das Grabmal in die Denkmalliste aufzunehmen, so dass dem Eigentümer oder der Eigentümerin Erhaltungspflichten nach § 7 Absatz 6 Denkmalschutzgesetz auferlegt werden können. Gleiches gilt, wenn die Zustimmung auf Grund der Eigenschaft der Grabstätte oder des Grabmals als Zubehör i.S.d. § 4 Absätze 3 und 4 DSchG abgelehnt wird. Wird die Zustimmung erteilt oder nicht innerhalb der Jahresfrist verweigert, kann das Grabmal ausgehändigt oder abgeräumt werden. Wird in diesen Fällen kein Antrag auf Aushändigung gestellt, fällt das Grabmal der Freien und Hansestadt Hamburg zu.

Wie bisher bleibt die zuständige Behörde nach dem Ablauf der Ruhezeit bzw. dem Auslaufen der Nutzungsrechte für die Grabstätten verkehrssicherungspflichtig.

Zu § 32 (Kirchliche Friedhöfe)

Die Regelungen entsprechen dem bisherigen Recht.

Zu § 33 (Rechtsverordnungsermächtigungen)

Der Katalog der Verordnungsermächtigungen wurde gegenüber der bisherigen Rechtslage in zwei Punkten ergänzt. In der neuen Nummer 2. wird der

Senat ermächtigt, bestattungsrechtliche Anforderungen an Leichenhallen und Krematorien und ihren Betrieb über die bisher gesetzlich geregelten Anforderungen hinaus im Einzelnen durch Rechtsverordnung zu regeln. Des Weiteren wird unter Nummer 4. eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung über die Herkunft von Grabsteinen und Grabeinfassungen aufgenommen, nach der es ermöglicht werden soll, zu gegebener Zeit ein Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit durchzusetzen. Voraussetzung hierfür ist das Vorliegen eines allgemein anerkannten Zertifikats.

Zu § 34 (Überwachung, behördliche Befugnisse, Duldungspflichten)

Nach bisherigem Bestattungsrecht werden ausdrücklich nur Leichenhallen und Friedhöfe und nur in gesundheitlicher Hinsicht überwacht. Insbesondere die seit dem Urteil des OVG Hamburg eröffnete Möglichkeit, Leichenhallen privat zu betreiben, macht eine Konkretisierung und Erweiterung der behördlichen Nachschau- und Kontrollrechte in Bezug auf die Einhaltung der speziell bestattungsrechtlichen Anforderungen nötig. Mit Einführung einer allgemeinen Überwachungs- und Eingriffsklausel in Absatz 1 wird deshalb klargestellt, dass auch Leichenhallen und Friedhöfe einschließlich der Krematorien sowohl in gesundheitlicher als auch in bestattungsrechtlicher Hinsicht der behördlichen Überwachung unterliegen. Ebenso erübrigt sich bei sonstigen Überwachungs- und Anordnungstätigkeiten der Rückgriff auf die allgemein ordnungsrechtlichen Normen.

Absatz 2 konkretisiert die behördlichen Befugnisse und die Duldungspflichten der Betreiber. Wie in den Friedhofs- und Bestattungsgesetzen anderer Bundesländer, die private Bestattungseinrichtungen kennen, werden Betretungs- und Besichtigungsrechte der Behörden sowie Duldungs-, Auskunfts- und Vorlagepflichten der Betreiber geregelt.

Zu § 35 (Ordnungswidrigkeiten)

Ergänzend zu den bisherigen Ordnungswidrigkeiten werden Verstöße gegen die neuen Vorschriften zu Leichenhallen (Nummer 11) und zu Krematorien (Nummern 15 und 16) bußgeldbewehrt sowie der Erwerb und die Nutzung von Rechten an Wahlgrabstätte zu gewerblichen Zwecken (Nummer 20).

In Absatz 2 wird die Höhe der Geldbuße neu geregelt. Der bisherige weitgehende Rückgriff auf den Bußgeldrahmen des § 17 Ordnungswidrigkeitengesetz (5-1000 Euro) wird durch eine Höchstgrenze (10.000 Euro) ersetzt. Damit wird der Rahmen für die Höhe festzusetzender Bußgelder unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Vorteile, die der Täter aus der Ordnungswidrigkeit bezieht (§ 17 Absatz 4 Ordnungs-

widrigkeitengesetz) an heutige Lebensverhältnisse angepasst.

Zu § 36 (Überleitungsvorschriften)

Betreibern bereits vorhandener privater Leichenhallen wird eine angemessene Frist zum 1. Januar 2021 für etwa erforderliche Anpassungen eingeräumt (Absatz 1). Da vor dem Inkrafttreten der neuen Regelung private Leichenhallen bzw. Leichenaufbewahrungsräume einer Ausnahmegenehmigung bedurften, entfällt für die so genehmigten Anlagen das Genehmigungserfordernis nach § 7 Absatz 3; eine kurze Übergangsfrist für Anpassungen an materielle Vorschriften des § 7 ist daher ausreichend.

Die zukünftig verkürzte Liste der berechtigten und verpflichteten Angehörigen (§ 11) findet keine Anwendung auf Todesfälle vor dem Inkrafttreten des Gesetzes (Absatz 3).

Die Absätze 4 bis 6 enthalten noch gültige Überleitungsregelung des Bestattungsgesetzes von 1988.

Zu § 37 (Einschränkung von Grundrechten)

Diese Vorschrift erfüllt das Zitiergebot des Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes.

Zu § 38 (Inkrafttreten)

Mit der Übergangsfrist wird den Gesetzesanwendern Zeit für die eventuell erforderliche Umstellung

eingeräumt. Außerdem können so vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes die in der Bestattungsverordnung und der Zuständigkeitsanordnung erforderlichen Folgeänderungen vorbereitet werden.

Zu Anlagen

Zu Anlage 1

Diese benennt alle Hamburger staatlichen Friedhöfe einschließlich der geschlossenen, aber noch nicht entwidmeten Friedhöfe. Der Friedhof Altenwerder ist daher wieder in die Liste aufzunehmen, da er erst zum 31. Dezember 2033 aufgehoben wird (Gesetz über die Schließung und Aufhebung des Friedhofs Altenwerder vom 3. Juli 2018 (HmbGVBl. S. 217).

Zu Anlage 2

Die Liste der Friedhöfe der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland auf dem Gebiet der FHH war zu aktualisieren, nachdem im Jahre 2009 die Kirchenkreise neu organisiert worden sind. Die Kirchenkreise Alt-Hamburg, Stormarn und Harburg sind zum Kirchenkreis Hamburg-Ost zusammengeschlossen worden. Die Kirchenkreise Altona, Blankenese, Niendorf und Pinneberg bilden den evangelisch-lutherische Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein. Der Friedhof Bramfeld befindet sich in der Trägerschaft der Ev. Luth. Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld, die drei Wandsbeker Friedhöfe in der Trägerschaft der Ev.Luth. Gemeinde Tonndorf.